

# GRAPHISCHE PRESSE

**ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEP, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.**

**Abonnement.**

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Ztg.-Kat. No. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1,25.

**Redaktion:**

Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastraße 8.  
Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Anklamstr. 27, I.  
Druck und Expedition: Conrad Müller, Schöneb. 1.  
**Redaktionsschluß: Sonnabend.**

**insertion.**

Für die viergespaltene Pettzelle oder deren Raum 30 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Verens anzeigen 15 Pf. pro Zeile. Beilagen nach Uebereinkunft.

## Bekanntmachungen.

**Zur Auskunftserteilung.**

Bei jedem Stellungwechsel, auch nach dem Ausland, sind nach § 29, Abs. 1 des Statuts **vorher** Erkundigungen einzuziehen, sonst keine Unterstützung. Zu diesem Zwecke ist eine **vorge-druckte Fragekarte zu benutzen**, die von den Mitgliedschaftsvorständen zu beziehen ist. Die Auskunftserteiler sind angewiesen, nur solchen Kollegen Antwort zu geben, die diese Fragekarte verwendet haben.

Die Auskunftserteiler haben diese Anfragen mit den Auskunftsarten **sofort** zu beantworten. Die Auskunfts-karte dient nur zur Auskunft und darf an andere nicht weitergegeben werden.

Die Unterstützungs-Auszahler haben **alle statutarischen Unterstützungen**, gleichviel welcher Art, sofort in das Mitgliedsbuch einzutragen und ohne Vorlegung eines solchen sowie der **Auskunfts- und der Reisekarte** usw. keine Unterstützungen auszus zahlen.

Es wird dringend darauf aufmerk-sam gemacht, daß die Auszahlung von Unterstützungen, Auskunfts-Erteilung,

Arbeitsvermittlung usw. nur während der im Adressen-Verzeichnis ange-ggebenen Zeit durch die dort verzeich-neten Kollegen erfolgen darf. **Alles Aufsuchen der betreffenden Verwaltungs-mitglieder in den Geschäften ist unbed-ingt zu unterlassen.**

Der Hauptvorstand.

**An alle**

**Mitgliedschafts-Vorstände**

und Agitationskommissionen sandten wir am 10. ds. Mts. verschiedenes außer-ordentlich wichtiges Material nebst An-weisungszirkularen. Sollte diese Sen-dung irgendwo nicht angekommen sein, so bitten wir zwecks sofortiger Nach-lieferung um Mitteilung. —

Gleichzeitig bitten wir diejenigen Ortsvorstände, die uns bis jetzt den Bericht über die stattgefundenen Vor-standswahlen für das Jahr 1909 noch nicht zugesandt haben, das Berichts-formular, welches wir vor einiger Zeit allen Ortsvorständen zusteilten, recht bald in allen Teilen ausgefüllt an uns zurückzusenden, da in Kürze wieder ein

geheftetes Adressen-Verzeichnis erschei-nen soll. Der Hauptvorstand.

**Lohnbewegungen.**

**Zittau.** In Firma Schiemann & Co. wurde die Arbeitszeit für Lithographen um 1/2 Stunde täglich verkürzt. Da-mit ist die in Nummer 5 (Lithographen-teil) vorgemerkte Differenz in dieser Firma beigelegt.

**Gesperrt.**

Stellungannahme in allen folgenden Firmen zieht den **Verlust der Mitglied-schaft** nach sich.

Für Lithographen und Steindrucker:

**Berlin.** Der gegnerische Arbeitsnach-weis bei S. Herrmann.

**Firma Angerer** (für Kupferdrucker).

**Berlin.** Grack & Aron.

**Eitville.** Firma Fischer & Co.

**Köln a. Rh.** Witte & Co.

**Pieß, O.-S.** A. Krummer.

**Rybuik, O.-S.** Firma Bartels.

Für Chemigraphen:

**Berlin.** Baudouin; Cleppin & Gelder-

mann; Edm. Gaillard; Graphische Gesellschaft; W. Greve; Grütmacher; Paul Schah; Illustrations-Zentrale; Thedran & Kraushaar.

**Chemnitz.** A. Jällich; Köhler & Richter.

**Dresden.** Mittelbach; C. Schemmel.

**Dresden.** Die Firma Stengel & Co. lehnte die Anerkennung des Tarifs ab und ist daher gesperrt.

**Dresden u. Leipzig.** Mejo & Markert.

**Stuttgart.** Gebr. Rößle.

**Im Ausland:**

**Dänemark.** Firma Alfred Jakobsen-Kopenhagen-Büllowvey (Chemigr.).

**Holland. Krommenie:** Verwers Metaal-drukkerij (Lithogr. und Steindr.).

**Rotterdam:** Firma Modern (Chemigr.).

**Oesterreich: Triest.**

**Ausgeschlossen**

wurde nach § 9, Abs. 2c der Lithograph **Otto Pohlen**, Buch-No. 9297, zurzeit in Eitville beschäftigt.

Der Hauptvorstand.

**Inhalt:**

**Hauptteil:** Bekanntmachungen. Schwere Ge-fahren für unser Gewerbe. Rundschau. Soziale Rundschau. Gewerkschaftsdemokratie, I. Schwarze Listen und Sperre. Briefkasten. — **Allgemeines:** Zur Steuer der Wahrheit, Plakat-Preisausschreiben. Ein Versammlungsbesuch. Ortsberichte: Brandenburg a. H., Dortmund, Halle a. S. — **Der Lithograph:** Eine Entgegnung. — **Der Steindrucker:** Die Unter-nehmer und die Krise. Aus den Sektionen: Liegnitz. — **Photogr. Mitarbeiter:** Aus den Sektionen: Berlin. — **Die Tapetenbranche:** Extrasteuer und Extraunter-stützung. — **Feuilleton:** Die Entwicklung des Welt-alls, I. Ausstellung von Schmuck und Illustration von Musikwerken. Eingegangene **Anzeigen.**

### Schwere Gefahren für unser Gewerbe.

Wir haben schon oft auf die schweren Ge-fahren hingewiesen, denen unsere Industrie gegenwärtig ausgesetzt ist, Gefahren, die die Vernichtung ganzer blühender Zweige des graphischen Gewerbes zur Folge haben können. Aber viele unserer Kollegen legen leider immer noch eine Interesselosigkeit an den Tag, die geradezu sträflich und unverantwortlich ist. Sie leben sorglos in den Tag hinein, weil sie durch ihre Interesselosigkeit gegenüber den Lebensfragen unseres Berufs an der klaren Er-kenntnis der drohenden Gefahren gehindert oder zu deren völliger Unterschätzung veranlaßt werden, bis das Unglück über uns hereinbricht und Tausende unserer Kollegen als Opfer fordert. Deshalb müssen wir immer und immer wieder auf die Schädigungen hinweisen, die dem Gewerbe drohen, trotzdem es schon oft genug geschah. Wir müssen auch die letzten aufzurütteln versuchen aus ihrer Lethargie, damit **alle** Berufsangehörigen daran mithelfen, gegen das drohende Vernichtungswerk einen Damm zu errichten, der allen Stürmen zu trotzen ver-mag. Wer in stumpfem Fatalismus untätig bleibt, verständigt sich nicht nur an sich und seiner Familie, sondern an unserm ganzen Beruf,

der ihm bis jetzt noch die Mittel zum Leben gab. Wenn die drohenden Gefahren tatsächlich über uns hereinbrechen und blühende Zweige des Gewerbes vernichten, so ist er daran in-folge seiner unverantwortlichen Indolenz zum Mitschuldigen geworden.

Eigentlich sollte es nicht notwendig sein, zur Aufklärung über die drohenden Schädigungen viele Worte zu verlieren, denn die täglichen Erfahrungen reden schon an sich eine so deutliche und eindringliche Sprache, daß sie von jedem einzelnen unserer Kollegen verstanden und beherzigt werden müßten. Sie zeigen, daß schon jetzt, d. h. in einer Zeit, in der die ver-nichtenden Gewitterwolken erst drohend am Horizonte stehen, die Einschränkung der Produktion und damit die Arbeitslosigkeit einen Grad angenommen hat, der geradezu furchtbar ist.

Die Wirkungen der Krise, die eine Folge der wilden, anarchischen, privatkapitalistischen Produktionsweise ist, auf die Industrie im all-gemeinen haben wir auf Grund der amtlichen Zahlen des Reichstatistischen Amtes erst in der vorigen Nummer wieder hervorgehoben, wobei wir gleichzeitig zeigten, daß die Arbeitslosigkeit auch in unserem Gewerbe infolge der Krise ungeheuer gestiegen ist. Während am Schluß des Jahres 1907 von 100 Mitgliedern unseres Verbandes 4,5 arbeitslos waren, stieg der Prozentsatz bis Ende 1908 auf 7,2. Auf 100 Mitglieder entfielen im 4. Quartal 1907 10,8, im 4. Quartal 1908 aber 17,0 Fälle von Arbeits-losigkeit. Auch die durchschnittliche Dauer jedes Falles von Arbeitslosigkeit ist von 16 Tagen im 4. Quartal 1907 auf 17 Tage im 4. Quartal 1908, d. h. also auf nahezu drei Arbeitswochen gestiegen; im 3. Quartal 1908 betrug sie sogar 20 Tage. Das sind ganz erschreckende Zahlen, die auch den Trägsten zum Nachdenken ver-anlassen sollten. Aber sie verraten die Arbeits-losigkeit noch lange nicht in ihrem vollen

Umfange, da die zahlreichen Fälle, in denen in-folge von Arbeitsmangel zwar niemand ent-lassen, aber die Arbeitszeit und mit ihr in ent-sprechender Weise der Lohn für alle Arbeiter des Betriebes gleichmäßig verkürzt wurde, gar nicht mit berücksichtigt sind. Könnte man die vielen Stunden verkürzter Arbeitszeit statistisch festhalten und mit den statistischen Zahlen über die direkte Arbeitslosigkeit verbinden, das Bild würde noch viel erschreckender werden.

Einen drastischen Eindruck von den Wirkungen dieser Arbeitslosigkeit in unserem Gewerbe bekommt man durch eine Berechnung des Lohnausfalls. Im 4. Quartal kamen, wie erwähnt, auf 100 Mitglieder 17 Fälle von Arbeitslosigkeit, das sind also auf ca. 16500 Mitglieder, die unser Verband im 4. Quartal zählte, 165 × 17 = 2805 Fälle. Jeder dieser Arbeitslosigkeitsfälle dauerte durchschnittlich 17 Tage; die Gesamtdauer der Arbeitslosigkeiti betrug also 2805 × 17 = 47685 Tage. Rechnet man auf jeden dieser Arbeitstagen einen ent-gangenen Arbeitsverdienst von durchschnittlich 4,50 Mk., so betrug der Gesamtverlust an Arbeits-verdienst im 4. Quartal 1908 47685 × 4,50 = 214582,50 Mk. Im ganzen Jahre büßten unsere Verbandsmitglieder in ihrer Gesamt-heit durch die Arbeitslosigkeit also mindestens 3/4 Millionen Mark ein! Könnte man auch hier den durch die Produktionseinschränkung in vielen Betrieben ohne direkte Entlassungen, aber mit Verkürzung der Arbeitszeit entstandenen Lohnausfall berechnen und zu der vorhin er-mittelten Summe hinzuschlagen, dann würde wohl eine Million Mk. an entgangenem Arbeits-verdienst im Jahre 1908 bedeuend überschritten sein.

Mehr als eine Million allein für die Mit-glieder unseres Verbandes! Welche Summe von Not, Hunger und Elend verrät diese Zahl, für die die gegenwartsstaatliche privatkapitalistische

Produktionsweise die Verantwortung trägt! Trotzdem fühlt sich der Gegenwartsstaat nicht verpflichtet, entschiedene Maßnahmen zur Milderung der Arbeitslosigkeit und ihrer Folgen zu treffen, und wenn sich die Arbeiterschaft durch ihre gewerkschaftliche Organisation nicht selbst zu helfen versuchte so gut es geht, der Staat und die herrschenden Klassen in ihm ließen die Opfer der Krise, die sie auf dem Gewissen haben, gewissenlos in Hunger und Elend verkommen. Den Beweis haben die Reichstagsverhandlungen über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erbracht, die wir in No. 48, 1908 besprachen.

Aber der Staat und die herrschenden Klassen in ihm tragen, wie immer wieder betont werden muß, nicht nur nichts zur Milderung der Krisenfolgen, sondern oftmals noch zu ihrer Verschärfung bei. Den augenfälligsten Beweis hierfür liefern die Steuervorlagen, die neben der Tabakindustrie besonders unser graphisches Gewerbe schwer treffen müssen, wenn sie Gesetzeskraft verlangen sollten.

Die Wirkungen der geplanten Tabaksteuer auch auf unseren Beruf haben wir schon so oft betont, daß jedes weitere Wort fast überflüssig erscheint. Der Zigarrenfabrikant würde wenn die Mehrbelastung des Tabaks in irgend einer Form beschlossen werden sollte, den Steuerbetrag vor allen Dingen an den Packungen zu ersparen versuchen, und neue Tausende unserer Kollegen, die jetzt noch mit der Herstellung von Tabakpackungen beschäftigt werden, würden das Heer unserer Arbeitslosen vermehren.

Auch das Monstrum der geplanten Plakatsteuer haben wir schon mehrfach, zuletzt wieder in No. 5 d. J., unter die kritische Lupe genommen. Diese Steuer würde, wenn sie Gesetz wird, ihn ihren Wirkungen auf unser Gewerbe ebenso verheerend, vielleicht noch verheerender sein wie eine Mehrbelastung des Tabaks, denn sie würde tatsächlich der gesamten Plakatindustrie den Todesstoß versetzen, ohne daß sie dem Staat irgend welchen Nutzen brächte. Denn der winzige Steuerbetrag, der aus den letzten Resten der Plakatindustrie noch fließen sollte, würde um das vielfache durch den Ausfall an Einkommen und Gewerbesteuer, die die Vernichtung zahlreicher Betriebe und die damit verbundene Brotlosigkeit von Tausenden von Arbeitern zur Folge haben müßte, überboten werden.

Neben dieser gegenwärtigen Vernichtungsarbeit gegen unser Gewerbe beginnen sich die alten Sünden unserer herrschenden Klassen zu rächen, leider aber weniger an ihnen selbst, als vielmehr an der Arbeiterschaft. Die von Deutschland zum Schutz der einheimischen Industrie errichteten Zollschranken lösten im Ausland gleiche Maßnahmen aus. Das tritt besonders in Amerika in Erscheinung, wo die Erhöhung des Zollsatzes auf graphische Erzeugnisse um 75 Proz. geplant ist, was die vollständige Verschließung des amerikanischen Absatzmarktes für unser Gewerbe bedeuten würde. Die Folgen mag sich jeder selbst ausmalen!

Aber wie gesagt: Das alles haben wir schon so oft und eindringlich hervorgehoben, um eigentlich kein Kollege mehr in Untaugkeit sondern tatkräftig an der Bannung dieser Gefahren mithelfen müßte. Da es leider noch nicht so ist, haben wir uns verpflichtet gefühlt, erneut die Säumigen zu ermahnen, bei den Abwehrmaßnahmen gegen die unser Gewerbe und die Existenz jedes einzelnen Berufsgenossen bedrohenden Gefahren ihre Pflicht zu tun. Machtvolle Protestkundgebungen allerorts, klar formulierte Forderungen an den Reichstag, Aufklärungsarbeit in allen Volkskreisen, zähes Festhalten an der gewerkschaftlichen und tatkräftigen Förderung der politischen Arbeiterorganisation, das sind die Wege, die wir alle beschreiten müssen, wenn wir den Vernichtungsfeldzug gegen blühende Zweige unseres Gewerbes erfolgreich abwehren wollen. Dazu wird auch der letzte gebraucht. Daher sei jeder einzelne ein Kämpfer! Tue jeder seine Pflicht!

## Rundschau.

**Zu dem Brief aus San Juan, Puerto Rico,** den wir in No. 51 1908 veröffentlichten, sendet uns ein dortiger Kollege eine längere Berichtigung, aus der höchstens die Mitteilung hervorzuziehen wäre, daß sich verschiedene Drucker der älteren Anstalt »Bolletín Mercantil« in der neuen Anstalt P. Gálguera & Co. angeboten haben, da diese bedeutend höhere Löhne bezahlt; dadurch sei auch die Firma »Bolletín Mercantil« zu Lohnerhöhungen gezwungen gewesen. — Alle anderen Mitteilungen der Berichtigung sind so unwesentlich, daß wir uns ihre Veröffentlichung schenken können. Beispielsweise wird berichtigt, daß die neue Anstalt bei Absendung des Briefes erst einen, nicht drei Kollegen eingestellt habe; daß sich die anderen schon auf der Reise befänden, wird aber zugegeben. Ebenso wird mitgeteilt, daß der bereits eingestellte deutsche Kollege nicht aus Spanien, sondern aus der Dominikanischen Republik gekommen sei. Gleichartige Haarspaltereien erstrecken sich nun über drei Quartseiten! Der Raum der »Gr. Pr.« ist uns dafür zu schade. Bemerkungen wollen wir nur, daß die Berichtigung ein neuer Beweis für die auch im Briefe betonte Uneinigkeit unserer Kollegen ist. Statt an derartigen Ueberseespielen nur noch fester zusammen zu stehen und sich gegenseitig eine feste Stütze zu sein, bedenklich man sich mit Mißtrauen und unkollegialen Streitereien, aus denen nur der Unternehmer den Vorteil zieht.

„**Unsere Zukunfts-Organisation**“ ist ein Artikel überschrieben, der von einem Mitgliede des Buchbinderverbandes vor einigen Wochen in der »Buchbinder-Zeitung« erschienen ist. Darin wird einem Industrieverband für das graphische Gewerbe mit Wärme das Wort geredet und betont, daß sich unsere Organisation bereits auf dem Vormarsch zu einem Industrieverbande befinde, wofür die Angliederung der Photographen und Formstecher, denen über kurz oder lang die Xylographen und Notensteher folgen würden, den Beweis liefere. Wir bemerken zu diesen Ausführungen, daß wir ebenfalls davon überzeugt sind, daß sich die Gewerkschaftsbewegung immer mehr zur Bildung großer allumfassender Industrieverbände durch Zusammenfassung der Organisationen verwandter Branchen entwickeln wird. Auch im graphischen Gewerbe wird die Entwicklung zu einer Vereinigung der verschiedenen Branchenverbände in einem Industrieverband führen. Diesen können wir uns aber nur denken, wenn alle Branchenorganisationen in ihm aufgehen, d. h. also, wenn sich die Verbände der Buchdrucker, Buchbinder, Buch- und Steindruckereihelfer, Lithographen und Steindrucker miteinander verbinden. Solange eine dieser großen Gruppen für die Vereinigung noch nicht zu haben ist, solange ist auch für uns an eine Verwirklichung des Gedankens nicht zu denken. So und nicht anders sind auch die gelegentlichen Äußerungen des Kollegen Sillier zu dieser Frage aufzufassen gewesen, von dem der Artikelschreiber sagt, daß er ein eifriger Anhänger dieses Planes sei.

**Die Arbeitslosen Berlins** hatten sich am Vormittage des 9. Februar in 15 Versammlungen zusammengefunden, um den Herrschenden machtvoll ihre Forderung nach Arbeit und Brot in die Ohren zu schreien. Die Versammlungen waren sämtlich überfüllt und wurden teilweise abgesperrt. Straßendemonstrationen waren nicht geplant. Trotzdem kam es zu gewaltigen Umzügen und zu einer würdevollen Demonstration auf dem Friedhof der Märzgefallenen. Vor dem Gewerkschaftshause und vor dem Hause des »Vorwärts« in der Lindenstraße wurden vieltausendstimmige Hochrufe auf das freie Wahlrecht ausgebracht. Die Polizei verhielt sich im allgemeinen anständig. Sie hatte auch alle Hände voll zu tun, um den englischen König würdig zu empfangen.

**Die Arbeitslosen Berlins**, denen die Ausnutzung der Arbeit anderer ein faulenzendes Schmarozelberleben ermöglicht, hatten sich nämlich zu derselben Zeit in der Feststraße versammelt, durch die Eduard VII. seinen Einzug hielt. Die Londoner »Daily News« schrieben über diese Besuchsreise des englischen Königs bei seinem Neffen Wilhelm II., nachdem sie sich mißbilligend über den geplanten Bau von 6 neuen Kriegsschiffen für die englische Marine ausgesprochen haben, u. a. folgendes: »In den Kommissionssitzungen des Deutschen Reichstages beraten die Abgeordneten darüber, ob sie trotz der ungünstigen Finanzen das Land mit weiteren Millionen belasten sollen, lediglich, um das englisch-deutsche Wettrennen zur See aufrecht zu erhalten. Und in der Downingstreet (Sitz der englischen Regierung) wird diskutiert, ob man dem weiteren Ausbau der Sozialreform mehr Rechnung tragen solle, als der künstlich hervorgerufene Panik durch den Bau von sechs neuen Dreadnoughts. Die Monarchen kommen zusammen, das Volk klatscht Beifall, aber hinter den Szenen sehen die Regierungen zweier Völker von gleicher Zivilisation und verwandten Blutes den Ruin kommen, zu welchem das gegenseitige Mißtrauen sie verdammt.« Das englische Blatt trifft damit den Nagel auf den Kopf.

**Kriegervereine und Gewerkschaften.** In der letzten Sitzung des Gesamtverbandes des Deutschen Kriegerbundes wurde u. a. für den diesjährigen Abgeordnetentag des Bundes ein Antrag formuliert, wonach es den Mitgliedern der Kriegervereine nicht mehr gestattet sein soll, gleichzeitig

freien Gewerkschaften anzugehören. Dieser Antrag stellt einen der Hauptgrundsätze dar, welche vom Abgeordnetentag als verbindlich für alle Landeskriegerverbände erklärt werden sollen mit der Konsequenz, daß ein Zuwiderhandeln mit der Zugehörigkeit zum Deutschen Kriegerbund unvereinbar sei und den Ausschuß zur Folge habe. Dieser Beschluß stellt selbstverständlich keinen »Terrorismus« dar, sondern ist eine auf dem Fundamente »königstreuer« Gesinnung heimatsberechtigter Gesinnungsschnüffel und kann für jeden vernünftigen Gewerkschaftler nur als Wegweiser in umgekehrter Richtung dienen.

**Erfolge gewerkschaftlicher Tätigkeit.** Der Zentralvorstand des Unternehmenschutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe bringt in der neuesten Nummer der »Fachzeitung« eine mit dem Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes vereinbarte Bekanntmachung der am 12. Februar d. J. eintretenden neuen Arbeits- und Lohnbedingungen. Danach muß die Arbeitszeit in allen Schutzverbandsbetrieben Berlins auf 51 Stunden wöchentlich verkürzt werden. Die Bekanntmachung umfaßt 21 Städte bzw. Lohngebiete. Es mag den Herren vom Schutzverband schwer genug gefallen sein, jetzt, zurzeit der am niedrigsten stehenden Konjunktur, ihren Kollegen die Verbesserungen im Arbeitsverhältnis empfehlen zu müssen. Mit desto größerer Genugtuung vermag der Holzarbeiterverband auf diesen seinen Erfolg zurückzublicken.

**Schwarze Listen.** Diese modernen Aushungerungsmittel des Unternehmertums gegen die Arbeiterschaft waren kürzlich Gegenstand einer Interpellation im Reichstag, die von dem Staatssekretär Bethmann-Hollweg beantwortet wurde. Er verwarf die Sperre durch die Arbeiter — die aber doch keinen Racheakt darstellt wie die schwarzen Listen — ebenso wie die Aushungerungsmaßnahmen der Unternehmer. Aber ein gesetzliches Eingreifen werde sich nicht ermöglichen lassen. Der Herr warf auch die Frage auf, ob es nicht geboten sei, Arbeiterorganisationen, die die Unternehmer auf Leben und Tod bekämpfen, überhaupt zu verbieten. Also nicht die schwarzen Listen sollen verboten werden, sondern die Arbeiterorganisationen, die die Aufstellung schwarzer Listen »veranlassen«. Einstweilen will sich der Herr Staatssekretär aber mit der »Ethisierung« der schwarzen Listen begnügen; er empfahl sie zu veröffentlichen, damit jeder darauf verzeichnete Arbeiter wisse, daß er geächtet sei. Von sozialdemokratischer Seite wurde dem Staatssekretär natürlich hart zugesetzt, der ganz richtig betonte, daß das persönliche Element aus dem Kampfe der Organisationen ausgemerzt werden müsse, dabei aber vergaß, daß die schwarzen Listen fast nichts als persönliche Elemente sind.

**Zur Frage der reichsgesetzlichen Regelung der Tarifverträge** machte der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg im Reichstage gelegentlich der Debatten über das Reichsamt des Innern folgende Ausführungen: »Praktisch haben diese Tarifverträge neuerdings im Reiche sehr zugenommen, sie haben sich auf zahlreiche Gewerbe ausgedehnt. Und gerade die großen Arbeitgeberorganisationen waren dabei das treibende Element. Die Frage ist dadurch praktisch weiter geklärt worden. Die Verträge erstrecken sich auch schon auf Unternehmungen, bei denen nicht eigentlich Arbeiter in Betracht kommen. Nun verlangt man eine gesetzliche Regelung. Den Abgeordneten Junck und Bassermann stimme ich darin bei, daß man sich von einer öffentlich-rechtlichen Regelung wie in Neuguinea nichts versprechen darf, daß es sich vielmehr immer nur um eine zivilrechtliche Regelung handeln kann. England, das klassische Land der Tarifverträge, hat sich aber von einer zivilrechtlichen Regelung bisher ferngehalten. Es hat sich beschränkt auf Einigungsämter und schiedsgerichtliche. Sehen wir, wie sich bei uns die Tarifverträge entwickelt haben, so glaube ich, daß es einer gesetzlichen Regelung dringlich nicht bedarf. Es sind auch zu viele einschlägige Einzelfragen noch nicht ausgetragen. Wir würden mit einer gesetzlichen Regelung wohl nur die natürliche Entwicklung aufhalten. Eine andre Frage ist, ob etwa auf dem Gesetzeswege gewisse Hindernisse zu beseitigen wären, die dem Abschlusse von Tarifverträgen entgegenstehen. Ich denke da namentlich an §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung. In der Gewerbeordnung liegt ein Antrag vor, der einen entsprechenden Zusatz zu § 152 fordert. Warten wir die Verhandlungen in dieser Kommission ab. Jedenfalls stehen wir den Tarifverträgen mit Sympathie gegenüber.«

**Der Notenstechartarif** läuft am 30. Juni 1909 ab. In einer in Leipzig abgehaltenen auch von auswärtig beschickten Generalversammlung nahm der Notenstechartarif Stellung zur Tarifrevision. Es kam zu folgendem Beschluß: »In Erwägung, daß die Gültigkeit des vereinbarten Tarifs mit dem 30. Juni 1909 abläuft, vereinfacht die Generalversammlung den Vorstand, mit dem Verein der Notenstechartarifverhandlungen anzubahnen, um die Gültigkeit des Tarifs zu verlängern. Als Grundlage soll gelten: 1. Verkürzung der Arbeitszeit, entsprechend der in den letzten 3 Jahren gegebenen Arbeitsmöglichkeit; 2. den Zeitverhältnissen entsprechende allgemeine Tarifaufbesserung; 3. Aufnahme derjenigen Punkte in den Tarif, die durch Schiedsgerichtsentscheid geregelt wurden; 4. geringe Änderungen an einzelnen Positionen des Tarifs; 5. Abänderung der Lehrlingskala.«



**Der Reichstarifvertrag für das Schneidergewerbe** ist nach langen Beratungen nunmehr zwischen dem Allgemeinen Deutschen Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe und den drei in Frage kommenden Gehilfenverbänden in die Wege geleitet worden. Für die einzelnen Verbände treten die Hauptvorstände als Vertragsträger auf. Der Reichstarifvertrag ist in der Weise gedacht, daß für den Abschluß örtlicher Tarifverträge ein einheitliches Schema festgesetzt ist, während ein allgemeiner das ganze Reich umfassender Nationaltarif erst auf Grundlage der Ortstarifverträge aufgebaut werden soll. Zur Durchführung des vorläufig vereinbarten Tarifs dienen örtliche Tarifüberwachungsausschüsse, für die in den Tarifverträgen besondere Bestimmungen vereinbart werden. Eine ausführliche Geschäftsordnung für die im Tarifverträge bei Streitfällen vorgesehenen Schiedsgerichte ist ebenfalls ausgearbeitet.

**Ein Reichstarifvertrag für das Kürschnergewerbe** wurde zwischen dem Verband der vereinigten Rauchwarenzüchter- und Färbereibesitzer und dem Kürschnerverbande auf drei Jahre abgeschlossen. Das Zentrum dieser Produktion ist Leipzig, das dem Tarifvertrag sofort beigetreten ist. Ebenso hat Hamburg seinen Beitritt erklärt und Berlin wird nicht lange zurückstehen. Neben Breslau kommen dann noch eine Reihe kleinerer Orte in Frage. Die Unternehmer sind im wesentlichen Zwischenmeister, die die Zurechtung für die Rauchwarenhändler übernehmen. In letzter Zeit haben die Händler zum Teil eigene Fabriken errichtet. Der Zweck des jetzt abgeschlossenen Vertrags ist, der Stagnation im Gewerbe entgegen zu wirken und das Gewerbe zu heben. Dazu soll eine Tarifkommission eingesetzt werden, die Streitigkeiten schlichten und die Preise festsetzen soll. Weiter ist der gegenseitige Organisationszwang ausgesprochen und die Unterstützung der Arbeiter seitens der vertragschließenden Arbeitgeber, wo diese zwecks Einführung oder Verteidigung des Tarifvertrags benötigt sind, die Arbeit niederzulegen.

**Ein Chemigrahpentarif** wird voraussichtlich in absehbarer Zeit in der Schweiz aufgestellt werden. Die Unternehmer haben prinzipiell der Anregung unserer Kollegen auf Schaffung eines Tarifvertrags zugestimmt und eine Kommission gewählt, die die Angelegenheit weiter verfolgen soll.

**Die Verschmelzung des Handschuhmacherverbandes mit dem Lederarbeiterverband** hat ersterer durch Urabstimmung beschlossen. An der Abstimmung beteiligten sich 77 Proz. der Mitglieder; für die Verschmelzung stimmten 60,12 Proz. der Abstimmenden. Damit ist die statutemäßige Mehrheit von  $\frac{2}{3}$  überschritten und die Verschmelzung sicher. Eine aus Delegierten beider Verbände bestehende Kommission soll die notwendigen Vorarbeiten für die endgültige Verschmelzung erledigen.

**Die Gewergerichtswahl in Leipzig**, die erstmalig nach dem Proportionalwahlsystem erfolgte, hatte, für die klassenbewußte Arbeiterschaft ein gutes Resultat. Von den 45 Arbeitgebervertretern entfielen auf die Innungsliste 40 Beisitzer und 12 Stellvertreter, auf die der freien Unternehmer 5 Beisitzer und 2 Stellvertreter. Bei der Arbeitervertreterwahl wurden 20270 Stimmen abgegeben. Davon erhielt die Gewerkschaftskartelliste 18895 und die Liste der nationalen Arbeiter 1375 Stimmen. Das Gewerkschaftskartell erhält 42, die nationalen Arbeiter 3 Beisitzer. So kommt für die Leipziger Arbeiterschaft bei der Proportionalwahl noch ein Plus von 2 Sitzen im Gewergericht gegen früher heraus.

**Die Rache der Bergherren.** Der Bergmann Thomas — einer der Gereteten von Radbod — der bei dem Bergarbeiterkongreß die Zustände auf Radbod beleuchtete, erhielt bei seiner Rückkehr die sofortige Entlassung. Am 1. Februar hat er in Berlin gesprochen, am 4. war seine Abkehr bereits ausgefertigt. Die Maßregelung wird durch die Tatsache noch bemerkenswerter, daß die Zeche »Baldur« bei Dorsten, bei der Thomas jetzt beschäftigt war, gleichfalls der Gewerkschaft Trier gehört, der Eigentümerin von Radbod.

**Hofprediger s. D. Adolf Stöcker** ist am 8. Februar im 74. Lebensjahr in Bozen gestorben. In den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts stand dieser Mann auf der Höhe des politischen und kirchlichen Lebens in Deutschland und errang sich den Namen »Hofprediger aller Deutschen«. Er legte den Grundstein zur christlich-sozialen Partei, welche seiner Ansicht nach berufen sein sollte, den Arbeiterstand mit dem Christentum zu versöhnen. Seine starke kirchliche Einseitigkeit führte jedoch zu scharfen unerquicklichen Kämpfen zwischen orthodoxer und liberaler Richtung. Als Führer der später jämmerlich verkrachten sogenannten »Berliner Bewegung« befandete er mit allen nur erdenklichen Mitteln den kirchlichen und politischen Liberalismus und zugleich das Judentum. Von Bismarck und Puttkamer wurde Stöcker als reaktionärer Sturmbock gegen die Fortschrittsparteien gebraucht. Schließlich wurde man aber der »Stöckererei« und »Muckereisatz« und die politische Kaltstellung erfolgte Schlag auf Schlag nach der Veröffentlichung des satissam bekannten »Scheiterhaufenbriefes«, eines Meisterstücks Stöckerscher Intrige, und nach dem Grünbeigeprozesse, der dem Agitator im Predigergewande den Stempel des Falscheldes aufdrückte. Alles rückte von ihm ab und Stöcker war damit schon seit jener Zeit für die Öffentlichkeit ein toter Mann.

Sogar der deutsche Kaiser prägte das Wort: Stöcker hat geendigt, wie er enden mußte. Vor einigen Monaten legte er sein Reichstagsmandat nieder und mußte es noch erleben, daß sein Wahlkreis den Christlich-Sozialen anscheinend endgültig verloren ging.

## Soziale Rundschau.

Das Schicksal des Arbeitskammergesetz-Entwurfes ist noch nicht entschieden. Die Verhandlungen im Reichstage lassen ja auf eine Annahme des Gesetzes schließen, doch ist der Entwurf erneut an eine Kommission verwiesen. Inzwischen sind Mächte tätig, welche der Verwerfung des Gesetzes Vorworte leisten wollen. Am 30. Januar tagte zu Berlin eine Delegiertenversammlung des »Zentralverbandes deutscher Industrieller«, wobei der bekannte Generalsekretär Bueck ein Referat gegen den Entwurf erstattete. Eine längere Resolution, welche einstimmig zur Annahme gelangte, besagt in ihrem Schlußsatz: »Die Versammlung nimmt entschieden Stellung auch gegen den neuen Gesetzesentwurf, dessen Annahme und Durchführung eine schwere Schädigung des deutschen Gewerbes und besonders der deutschen Industrie zur Folge haben wird.« Bemerkenswert ist, daß der Delegiertenversammlung eine Reihe bekannter bürgerlicher Parlamentarier beigewohnt haben, die nun wohl ihren Einfluß gegen den Gesetzesentwurf in die Waagschale werfen werden. Für die Arbeiterschaft kann der Ausgang über das Resultat der Beratungen im Reichstage übrigens höchst gleichgültig sein. In der »Gr. Pr.« wurde ja bereits in verschiedenen Artikeln ausgeführt, daß der Gesetzesentwurf absolut keine Vorteile bringen kann. Arbeitskammern, denen nur das Recht des Wünschens und die Erstattung von Gutachten als Aufgabe bleibt, werden ihren Zweck völlig verfehlen. Unser Verlangen nach »Arbeitskammern«, in denen nur Arbeitervertreter Sitz und Stimmrecht haben sollten, denen aber auch die Befugnis zum Erlaß von Arbeiterschutzvorschriften eingeräumt werden müßte, wird in dem gegenwärtigen Staatswesen sicher nicht erfüllt werden.

So schön es klingen mag, daß die Arbeitskammern zur Wahrung und Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Friedens beitragen sollen, so wenig wird in der Praxis ein derartiger Erfolg eintreten. Uebrigens bieten die modernen Gewerkschaftsorganisationen die Möglichkeit zur Wahrung wirtschaftlichen Friedens schon zur Genüge. Man dürfte die Organisationen nur als gleichberechtigten wirtschaftlichen Faktor anerkennen, die Verhandlungen mit denselben auf der Grundlage der Gleichberechtigung führen, und mancher schwere Kampf könnte vermieden werden. Die Gewerkschaften haben es bereits erreicht, daß man mit ihnen rechnen und verhandeln muß. Der gewerkschaftlichen Macht und Disziplin ist es zu verdanken, daß schon so mancher große Kampf vereitelt wurde und Erfolge für die Arbeiter erzielt wurden. Aber ohne Kampf wird und kann es nie abgehen; die wirtschaftlichen Gegensätze führen mit Notwendigkeit zu entscheidenden Kämpfen, mögen dieselben auch zeitweise vertagt werden. Also mit dem Prinzip des wirtschaftlichen Friedens ist nichts anzufangen, um so weniger als auf der anderen Seite der »Herrenstandpunkt« mehr und mehr in den Vordergrund geschoben wird.

Wie die Regierung den Wünschen der Großindustriellen entgegenkommt, beweist auch eine andere sehr bedenkliche Tatsache. Wir hatten davon geschrieben, daß in Sachen der »Reform der Arbeiterversicherung«, speziell der Krankenversicherung, Konferenzen von Vertretern der Ortskrankenkassen usw. im Reichsamte des Innern stattfanden. Diese Konferenzen zeigten einen für die Regierung unerwarteten Verlauf. Die Konferenz der Vertreter der Krankenkassen sprach sich mit großer Mehrheit, einschließlich der Stimmen der Arbeitgeber, für die Beibehaltung des Selbstverwaltungsrechtes in den Krankenkassen aus. Nach späteren Erklärungen von kompetenter Seite mußte man annehmen, daß die Regierung auf die Bescheidung des Selbstverwaltungsrechtes endgültig verzichtet habe. Damit hat man sich einer großen und bitteren Täuschung hingegeben. Der Minister des Innern v. Bethmann-Hollweg hat am 5. Februar im Reichstage erklärt, »daß die Reformvorlage in der Arbeiterversicherung die Halbierung der Beiträge und des Stimmrechtes enthalten werde.« Damit ist die geplante Beseitigung des Selbstverwaltungsrechtes der Versicherten in den Krankenkassen, klar und deutlich zum Ausdruck gebracht worden. Die Arbeiterschaft steht also vor einer sehr ernsten Gefahr, zu deren Abwehr alle Kräfte aufgerufen werden müssen. Denn mit der Beseitigung des Selbstverwaltungsrechtes wird es naturgemäß in der Krankenversicherung gewaltig rückwärtsgen. Anstatt vermehrt und besserer Fürsorge für erkrankte Arbeiter und ihre Familien wird die Kürzung der Kassenleistungen und die Beseitigung wohlthätig wirkender Einrichtungen die Folge sein. Und wie ist nun die Stellungnahme der Regierung zu erklären? Am 6. November 1908 tagte eine Versammlung der Großindustriellen, welche sich mit aller Schärfe gegen die Vereinhaltung der Krankenversicherung, insbesondere gegen die Beseitigung der Betriebs-Krankenkassen aussprach. Die gleiche Versammlung sprach sich für Halbierung der Beiträge und des Stimmrechtes aus. Wie Figuren

zeigt, ist die Regierung den Wünschen der Scharfmacher sofort entgegengekommen. Die Erfahrungen aus der früheren Konferenz wurden beiseite gelegt und den Anträgen der Gro-Industriellen sofort Gewähr geleistet. Die Regierung beweist hiermit wiederum, daß sie sich als Interessenvertreterin des Großkapitals, von Macht und Besitz fühlend, aber auf die noch so berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft pfeift.

Welche Aufnahme die Vorlage mit ihren mehr als 1700 Paragraphen im Reichstage finden wird, ob sie angenommen und durchfallen wird, läßt sich mit Bestimmtheit nicht sagen. Nach der Konstellation des Parlaments kann man nur darauf gefaßt sein, daß erhebliche Verschlechterungen Platz greifen werden, wenn die Arbeiterschaft nicht noch in letzter Stunde auf dem Kampfplatz erscheint. Allerdings — in diesem Jahre dürfte der Riesengesetzesentwurf kaum zur Verabschiedung gelangen. Von einem wirklichen Ausbau der Versicherungsgesetze, von deren Zusammenlegung zu einem einheitlichen umfassenden Werke wird man sicher nichts erfahren. Witwen- und Waisenversicherung, Fürsorge für die Privatangestellten usw. sollen ja — wie angekündigt — wieder in besonderen Gesetzen geregelt werden. Von einer staatlichen Arbeitslosenversicherung in Anlehnung an die Versicherungsgesetze ist keine Rede.

Der Staat kennt nicht die Pflicht, für die Opfer seiner Wirtschaftspolitik zu sorgen; dies überläßt er — den Gewerkschaften. Von einer Abnahme der Arbeitslosigkeit kann noch nicht gesprochen werden, im Gegenteil: die amtlichen Berichte lassen eine Zunahme erkennen. In der vorigen Nummer der »Gr. Pr.« wurde dafür an leitender Stelle in eingehender Weise auf Grund des amtlichen Materials der Nachweis erbracht. Welche Unmasse von Not und Elend drücken jene nackten Zahlen aus!

Hoffentlich hat die Arbeiterschaft in den schweren Zeiten der wirtschaftlichen Krise erkannt, daß eine Besserung der bestehenden Zustände nur durch Um- und Neugestaltung des Staates oder der Gesellschaft auf der Grundlage der wirtschaftlichen und politischen Gleichberechtigung aller Staatsbürger zu erwarten ist. In dieser Hoffnung vermögen uns die »gelben Gebilde« ebensowenig wie die Rückständigkeit aller bürgerlichen Parteien zu beeinflussen. Mag auch die konservative Mehrheit im preußischen Landtage jeden Versuch einer Wahlreform abgewiesen haben, mögen sich auch sonst an allen Ecken und Enden die Zeichen verstärkter Kämpfe gegen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung zeigen, die Arbeiterschaft marschiert doch! Und keine Gewalt der Erde wird ihrem Siegesmarsch Halt gebieten können. Mag es auch zeitweise einen Stillstand oder einen Rückschritt geben, mit neuer ungeschwächter Kraft wird es dann wieder vorwärts gehen. Die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung hat gerade in den Zeiten der Krise ihre Kraft bewiesen. Trotz der großen Arbeitslosigkeit, trotz der geleisteten riesigen Unterstützungen für die Opfer der wirtschaftlichen Krise hat sie kein Jota ihrer Stärke verloren.

Im nächsten Artikel sollen die Rechnungsergebnisse der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung besprochen werden, für heute wird es leider zuviel. Auf eine Tatsache sei nur hingewiesen. Die Zahl der gemeldeten Unfälle hat sich im Jahre 1907 wieder gewaltig vermehrt. Es kamen zur Anmeldung 662901 Unfälle, gegen 645583 im Jahre 1906. Die Zahl der Unfälle mit tödlichem Ausgang vermehrte sich erheblich; sie beträgt 9815 gegen 9141 im Jahre 1906. Dies bedeutet eine Steigerung von 9,3 Prozent. Von den 662901 gemeldeten Unfällen wurden entschädigt 144703. Die Oetöten hinterließen 6631 Witwen (Witwer) und 13520 Kinder und Enkel. Mögen diese Zahlen inzwischen zum Denken anregen.

Mögen sie auch berücksichtigt werden bei Debatten über Fragen des Arbeiterschutzes, speziell des Bergarbeiterschutzes, der ja jetzt im Reichstage eine wesentliche Rolle spielte (Reichsberggesetz usw.). Die Regierung, wie die Mehrheit bürgerlicher Parteien, zeigt sich den berechtigten Anträgen der Sozialdemokraten gegenüber hartnäckig ablehnend. Selbst in der Frage der »schwarzen Listen«, der Sicherstellung des Koalitionsrechtes, der Rechtsstellung der Landarbeiter und des Gesindes wurde keinerlei Entgegenkommen gezeigt. Dabei reden die Herren immer von den »großen sozialen Aufgaben«, die sie gelöst haben; es bleibt aber nichts übrig als Blendwerk.

Wie man den Interessen der Arbeiterschaft gegenüber steht, bewies das Verhalten der Regierung gegenüber dem Bergarbeiterkongreß. Zu diesem Kongreß schickte die Regierung keine Vertretung; bei den Beratungen und Festessen der Großindustriellen jedoch fehlt sie natürlich nicht. Trotzdem werden die erschütternden Bilder, die der Bergarbeiterkongreß entrollt hat, und seine Arbeiten nicht wirkungslos verpuffen. Dafür sorgt die Arbeiterschaft schon selbst. Lernen wir aus dem allen, daß uns nichts so nötig ist wie Einigkeit, Aufklärung und Kampfesmut.

Karl Möbinger.



## Gewerkschaftsdemokratie.

Von Eduard Bernstein.<sup>1)</sup>

I.

Jeder Arbeiterbewegung liegt die Demokratie sozusagen im Blut, sie ist das wesentlichste ihrer Lebensorgane. Wo Arbeitervereinigungen ihre Angelegenheiten nicht demokratisch regeln, ist nur das Zerbild einer Arbeiterbewegung möglich. Aber die Demokratie ist ein Prinzip und keine fertige Formel. Sie läßt verschiedene Anwendungen zu. Diese Anwendungen wechseln mit der Größe, den Lebensbedingungen und den Bewegungsumständen der in Frage kommenden Körperschaften. Eine 100 Personen und eine 100000 Personen umfassende Verbindung können nicht in der gleichen Weise ihre Angelegenheiten demokratisch regeln, die Demokratie verstreut wohnender Bauern sieht anders aus als die Demokratie der Bewohner ein und derselben Stadt, die Demokratie im Frieden anders als die kriegführende Demokratie. Das sind grobe, auf den ersten Blick sich offenbarende Unterschiede. Innerhalb der einzelnen Körperschaften oder Verbindungen aber gibt es wiederum eine Reihe feinerer Unterschiede oder Abtönungen in der Durchführung der Demokratie, die sich im Laufe der Zeit mit der Entwicklung der Größe und Umstände jener Körper einstellen. Zum Teil sind sie durch deren Zwecke und Lebensbedingungen vorgeschriebene Notwendigkeiten, zum Teil aber auch nur Auswüchse und Spielarten, bei deren Bildung Tüchtigkeit oder Regsamkeit, geistige und moralische Eigenschaften der Massen und Beamten als formbildende und formzulassende Faktoren ihre Rolle spielen. Das im ersten Sinne Notwendige von dem Zufälligen oder Auswüchse zu trennen ist als Praxis Aufgabe des demokratischen Politikers, wie die Untersuchung oder Ermittlung der Regeln dieses Verhältnisses dem Theoretiker der Demokratie anheimfällt. . . .

Es handelt sich um einen auf gewerkschaftlichem Gebiet spielenden Konflikt: den Streit zwischen der Leitung des *Deutschen Metallarbeiterverbandes* und einer großen Anzahl von Mitgliedern des Verbandes im Mannheimer Industriebezirk. Anlaß dazu gab die Frage der Fortsetzung oder des Abbruchs eines seit Monaten spielenden Streiks. Anfang Oktober 1908 hatte die Direktion der Mannheimer *Strehelwerke* ihren Arbeitern unter Hinweis auf die gedrückten Preise und Änderungen in der Technik eine erhebliche Herabsetzung der Akkordlohnsätze angekündigt, worauf die Arbeiter nach einigen erfolglosen Verhandlungen am 15. Oktober die Arbeit einstellten. Nachdem der Streik einige Zeit gedauert hatte, unterbreitete die Direktion der *Strehelwerke* den Fall dem Verband der organisierten Unternehmer von Mannheim und den Nachbarstädten Ludwigshafen und Frankenthal, und dieser machte am 29. November bekannt, daß die Organisation nach eingehender Prüfung der Sachlage einstimmig beschlossen hätte, falls nicht die Arbeiter der *Strehelwerke* bis zum 15. Dezember an die Arbeit zurückkehrten, in allen Verbandsfabriken der gesamten Arbeiterschaft auf den 1. Januar 1909 zu kündigen. Die Gründe dieses Entschlusses wurden in der Presse näher dargelegt. Da die Aussperrung 14- bis 15000 Arbeiter mit ihren Familien getroffen hätte, rief die Ankündigung, außer in der Arbeiterschaft selbst auch in der Geschäftswelt der genannten Städte, für die eine so große Stockung allerhand Verluste bedeutet, ziemlich Erregung hervor.

Um es nicht zur Sperre kommen zu lassen, verlegten sich die Spitzen der städtischen Behörden aufs Vermitteln. Unter dem Vorsitz des Mannheimer Oberbürgermeisters Martin fanden im Dezember Verhandlungen der Beteiligten statt; die Direktion der *Strehelwerke* ließ sich zu gewissen Zugeständnissen und Zusicherungen an die Arbeiter herbei, und die Vertrauensmänner der Arbeiter zeigten sich auch geneigt unter den gegebenen Umständen die Zugeständnisse zu akzeptieren. Die Streikenden selbst jedoch dachten anders. Entgegen dem Vorschlag ihrer Vertrauensleute, den der Bezirksleiter des Metallarbeiterverbandes, Vorhölzer, eingehend begründete, und den Ermahnungen des Vertreters des Hauptvorstands der Gewerkschaft, Massatsch, beschlossen sie am 16. Dezember mit 397 von 428 Stimmen den Streik fortzusetzen, weil die Zugeständnisse ungenügend seien. Auf Massatsch' Vorhalt, daß Ablehnung die Aussperrung von 15000 Metallarbeitern zur Folge haben könne, erörtere der Ruf aus den Reihen der Streikenden: »Wollen wir ja!«

Erneute Beratungen ergaben kein wesentlich anderes Resultat. Der Vorstand des Metallarbeiterverbandes hielt am 21. Dezember eine Hauptsitzung ab, an der die Geschäftsführer und die Bezirksleiter des Verbandes in den drei Städten teilnahmen, und einstimmig kam man zu der Ansicht, daß eine Fortsetzung des Streiks den Kollegen wie der Organisation nur Nachteile bringen könne. Die Verbandsangestellten legten dies den Streikenden dar, drangen in sie, die Dinge nicht zum Äußersten zu treiben und veranstalteten am 23. Dezember eine erneute Abstimmung. Sie ergab indes wieder eine erdrückende Mehrheit (467 gegen 43 Stimmen bei 5

weißen Zetteln) für Fortsetzung des Streiks. Und nun erfolgte eine Maßnahme außergewöhnlicher Natur. Massatsch, der vorgenannte Vertreter des Hauptvorstands, gab nach Verkündung des Resultats den Streikenden bekannt, daß der Vorstand auf Grund eingehender Erwägungen beschlossen habe den Streik von Verbandswegen für beendet zu erklären, und der Bezirksleiter Vorhölzer teilte dies telegraphisch dem Vorsitzenden des Unternehmerverbandes mit. Den Streikenden, die die Ankündigung des Vorstandsbeschlusses mit so großem Lärm entgegengenommen hatten, daß eine Begründung mündlich nicht gegeben werden konnte, ward diese noch am gleichen Tage per Flugblatt und durch die Arbeiterpresse bekannt gegeben. Es wird in dem Schriftstück ausgeführt, daß jede Bürgerschaft für die Einhaltung der von den *Strehelwerken* gemachten Zugeständnisse geben, der Gedanke mehr zu erlangen aber als aussichtslos erkannt sei. Dann heißt es — und dieser Satz berührt unser Thema —:

»Es kann ferner nicht in dem Willen der Streikenden allein liegen die Entscheidung in solchen wichtigen Fragen zu treffen, sondern in solchen, die Gesamtheit der Arbeiter berührenden Fragen hat die Zentralleitung der Organisation die im Interesse der Gesamtheit absolut notwendigen Entscheidungen zu treffen.«

Nach der Ansicht der Streikenden war damit ihr Recht der freien Selbstbestimmung verletzt. Sie hielten tags darauf, am 24. Dezember, eine Versammlung ab, in der sie eine Protestresolution beschlossen, aus der folgender Satz herausgegriffen sei: »Sie (die Versammelten) erachten vielmehr das Resultat ihrer Abstimmung allein für maßgebend und richten das Ersuchen an die übrigen Metallarbeiter des Industriebezirks Mannheim-Ludwigshafen auch ihrerseits ein Urteil darüber zu fällen.«

Letzteres ist am 10. Januar in Mannheim und Ludwigshafen in Versammlungen der dortigen Mitglieder des Metallarbeiterverbandes geschehen. In beiden Versammlungen wurden mit einer Einstimmigkeit grenzender Mehrheit Resolutionen angenommen, die das Vorgehen des Hauptvorstands und der Ortsleiter des Verbandes scharf verurteilten. In Mannheim wurde außerdem die Kündigung des Beamten der Ortssektion, Schneider, beschlossen und das Bedauern ausgesprochen, daß man kein Mittel habe, gegen Massatsch und Vorhölzer in gleicher Weise vorzugehen. Die Versammlung erwartete jedoch baldigt in einer Bezirkskonferenz in dieser Sache Stellung nehmen zu können und verspreche auf die kommende Generalversammlung des Verbandes »nur solche Vertreter zu entsenden, die willens seien, solche Auswüchse ernsthaft zu bekämpfen.«

Inzwischen haben im Anschluß an die Erklärung des Vorstands des Metallarbeiterverbandes die Unternehmer ihre Ankündigung betreffs Massenausperrung zurückgezogen, und die Leitung der *Strehelwerke* hat an die Streikenden Einladungen verschickt, an die Arbeit zurückzukehren. Ein Teil der Streikenden hat ihnen Folge gegeben, andere streiken noch.

So weit der bisherige formale Verlauf der Angelegenheit. Auf die materielle Seite des Streiks einzugehen würde hier zu weit führen, sie kann auch von Fernstehenden kaum zutreffend beurteilt werden. Daß die Leitung der *Strehelwerke* substantielle Zugeständnisse gemacht hat, haben auch die Streikenden nicht bestritten. Sie und die zu ihnen stehenden Arbeiter von Mannheim-Ludwigshafen bestreiten nur, daß sie das Äußerste darstellten, was bei energischem Widerstand zu erzielen war, und meinen ferner, man hätte es auf die angedrohte Aussperrung ankommen lassen müssen. Solcher Drohung nachgeben hieße den Unternehmern eine Waffe in die Hand drücken, mit der sie jede Lohnforderung zu nichte machen könnten. Einwände, über die sich reden läßt, die aber für die Rechtsfrage unerheblich sind. Daß mehr zu erreichen war, ist eine Annahme, die sich weder absolut beweisen noch absolut widerlegen läßt, der Schlußsatz aber zieht eine Folgerung, für die ein Einzelfall als Beweis überhaupt nicht genügt, sondern die nur auf Grund einer dauernd eingehaltenen Politik gezogen werden könnte. Unter bestimmten Umständen ein Ultimatum beachten sagt noch nicht, daß man dies immer tun wird. Wer seine Maßnahmen gemäß der Situation einrichtet, beweist noch nicht, daß er sich durch leere Drohungen einschüchtern läßt. Nun kann es gewiß passieren, daß Führer eine Situation falsch einschätzen. Sie sind Menschen und als solche Irrtümern unterworfen. Daß aber auch die beteiligte Masse eine Situation gründlich verkennen und über ihre Möglichkeiten den verhängnisvollsten Irrtümern zum Opfer fallen kann, hat der unglückliche Ausgang verschiedener Lohnkämpfe der letzten Jahre bewiesen, die von der Masse gegen den Rat der Führer beschlossen wurden, und von denen der so fatal verlaufene Berliner Maurerstreik von 1907 ein typisches Beispiel darstellt.

Aber irgendwo muß in solchen Fällen die letzte Entscheidung liegen, und die Frage ist daher, bei wem sie liegen soll. Demjenigen, der die Demokratie rein formalistisch auffaßt, wird die Antwort leicht. Sie lautet für ihn: Selbstverständlich bei der Masse. Indes, welche Masse soll das sein? Die Masse der direkt Interessierten oder die Masse der Mitglieder der ganzen Organisation. Sagt man:

die Masse der direkt Interessierten, so verkündet man statt der Demokratie die Anarchie; es wäre nur bei Auflösung der Organisation in lauter autonome Gruppen folgerichtig durchführbar. Beim heutigen Stand der Industrie werden die Unternehmer im Ernstfall stets die ganze Verbindung, mag sie föderalistisch oder zentralistisch aufgebaut sein, für das Verhalten der einzelnen Sektionen verantwortlich machen. Die Solidarität der Arbeiter läßt sich nicht lediglich nach einer Seite hin konstituieren. Ist sie für die Arbeiter unter sich eine Realität, so wird sie es auch für die Arbeiter in ihrem Verhältnis zu den Unternehmern. Hier besteht ein organischer Zusammenhang, der sich nicht mit Redensarten aus der Wirklichkeit wegheben läßt. Ja, selbst die unbedingte Autonomie der Anarchisten könnte daran nichts ändern. Sie würde, wenn nach dem Buchstaben verwirklicht, d. h., wenn die Gruppen, ohne sich vorher mit einander verständigt zu haben, einzeln vorgehen, zur Verletzung der Kräfte und damit schließlich zur Lähmung der Aktionskraft der Arbeiter führen. Sobald aber die freien Gruppen nach gemeinsamem Plan handeln, bleibt auch die Haftbarmachung der einen für die anderen nicht aus, und dann ade absolute Autonomie. Sie ist im Zeitalter der Unternehmerverbindungen eine Illusion.

Im Angesicht der zunehmenden aktiven und passiven Solidarität der Arbeiter wäre es viel richtiger, die letzte Entscheidung stets der Gesamtheit der Organisierten zu übertragen. Hiergegen lehnt sich jedoch in Kampfsituationen das praktische Bedürfnis auf. Je größer die Organisation, um so schwerfälliger der Apparat der Urabstimmung; auch ist es oft unmöglich und taktisch unrätlich, eine örtliche Situation so genau zu beschreiben, wie es notwendig wäre, damit der entfernt Wohnende sachkundig entscheiden soll, ganz abgesehen davon, daß, bis eine solche Abstimmung erfolgt ist, sich die Situation schon wieder geändert haben kann. Eine langjährige und teuer erkaufte praktische Erfahrung hat vielmehr zu der Erkenntnis geführt, daß sich im Gewerkschaftskampf die Demokratie oft gar nicht anders verwirklichen läßt als durch Uebertragung der Vollmachten. Bei der Aufstellung oder Abänderung der Statuten, bei der Niederlegung von allgemeinen Richtlinien der Politik und ähnlichen Fragen ist die Urabstimmung sicher am Platz, sie wird auch oft vor Einleitung einer großen allgemeinen Aktion nützlich sein, aber sie hat sich wiederholt als zweifelhaftes Mittel erwiesen, wo die Beendigung einer Aktion in Frage kam. Denn um hier den rechten Moment zu wählen, dazu gehört ein Ueberblick, den von den einzelnen aus der Masse stets nur wenige haben, während die Mehrheit momentanen Eindrücken und Gefühlsregungen folgt. Ein begrenzter Körper von Beamten und Vertrauensleuten, die in geschlossener Sitzung beraten, wo sie der Einwirkung gefärbter Preßberichte entzogen sind, und wo jeder sprechen kann, ohne die Kolportierung seiner Äußerung ins Lager des Gegners befürchten zu müssen, hat als Kollegium die Wahrscheinlichkeit eines objektiven Urteils für sich. Temperamentsunterschiede und sonstige Verschiedenheiten der Anlage gleichen sich hier aus, während das Verantwortlichkeitsgefühl sich nicht in dem Maße zersplittert wie bei der Ueberweisung der Entscheidung an einen vielfauserndköpfigen Körper.

Man wird einwenden, daß das Verantwortlichkeitsgefühl der Beamten durch ein gewisses *Ruhebedürfnis*, durch Rücksichten auf die Gewerkschaftskasse und dergleichen sehr leicht vereinselt oder getrübt wird, und daß in Einzelfällen so etwas vorkommt, wird kein Kenner der Dinge bestreiten. Aber so wenig in der großen Mehrheit der Fälle der Gewerkschaftsbeamte der ewig zum Streik hetzende *Aufwiegler* ist, als den ihn die Scharfmacherpresse der Unternehmer malt, so wenig trifft auf die große Mehrheit das Bild des auf dem Geldsack sitzenden und seinen Bauch streichenden ewigen *Abwiegler* zu. Es ist beiderseitige Schuld, wenn zwischen Beamten und Masse die Fühlung verloren geht.

## Schwarze Listen und Sperre.

Die »Soziale Praxis«, das Organ der Gesellschaft für soziale Reform, schreibt in einer Darstellung der Reichstagsverhandlungen über die schwarzen Listen der Bergwerksbetriebe, unter Bezugnahme auf die Ausführungen des Genossen Sasse: »Daß er die »Epidemie« der schwarzen Liste durch Gesetz unterdrückt wissen wollte, während gleichzeitig das Recht der Arbeiter auf Sperrverhängung unangetastet bleiben soll, gehört zu den bekannten *Rechtswidersprüchen*, die in der *gewerkschaftlichen Agitation* immer noch unterlaufen.« Diese Auffassung der »S. Pr.«, an deren persönlicher Aufrichtigkeit wir gar nicht zweifeln, gibt Zeugnis von einer Unklarheit der Betrachtung, wie sie für einen erheblichen Teil der bürgerlichen Sozialpolitiker kennzeichnend ist. Sie sei daher hier kurz betrachtet.

Es ist gewiß ein Fortschritt gegenüber der in noch recht weiten bürgerlichen Kreisen landläufigen Ansicht von der Verwerflichkeit jeder Art Arbeiterbewegung und der Zulässigkeit aller Mittel, die zur Unterdrückung dieser, nach Herrn von Stamm aus der Hölle gekommenen Bewegung geeignet scheinen, wenn ein Teil besser unterrichteter und

<sup>1)</sup> Wir entnehmen diesen beachtenswerten Bernsteinischen Artikel den »Sozialistischen Monatsheften«, Heft 2 vom 28. Januar 1909, herausgegeben von Dr. J. Bloch. (Administration: Berlin W 35, Potsdamerstraße 121 H.)



weniger materiell interessierter Sozialpolitiker wenigstens die formelle Gleichberechtigung der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen mit den Verbänden des Unternehmertums anerkennt. Aber diese rein formelle Gleichsetzung von Dingen, die ihrem Wesen nach sehr von einander verschieden sind, vermag ihrer sachlichen Würdigung durchaus nicht zu genügen. So gewiß die Stellung der Arbeiter und der Zweck ihrer Organisation von Grund aus verschieden ist von denen der Arbeitgeber, so gewiß müssen auch die beiderseitigen Kampfmittel verschieden beurteilt werden. Die scheinbare Gleichheit wird hier zur Ungerechtigkeit.

Wenn Unternehmer und Arbeiter nur durch ihre Funktion im Betrieb von einander geschieden wären und im übrigen auf gleichem sozialen Boden ständen, dann wäre gegen die Gleichsetzung ihrer Organisationen und Organisationsmittel nichts einzuwenden. Tatsächlich aber liegen hier so große Verschiedenheiten, daß eine äußerliche Gleichsetzung zu größeren Rechtsverletzungen führen muß, als alle wirklichen oder vermeintlichen »Rechtswidersprüche der gewerkschaftlichen Agitation« mit sich bringen können.

Die Unternehmer sind Herren der Produktion. Nicht durch ihre geschäftliche Tüchtigkeit, sondern durch ihre Herrschaft über die Arbeitsmittel, die eine wesentliche Voraussetzung produktiver Arbeit bilden. Der fleißigste und fähigste Unternehmer, der wirklich in seinem Betrieb arbeitet, steht in dieser Hinsicht nicht anders als die Aktiengesellschaft, bei der die Unternehmertätigkeit von Angestellten verrichtet wird und das Eigentumsrecht in den Händen der Kapitaleigner liegt, die als solche keinerlei Arbeit leisten und nichts sind als Mehrwertaneigner. Diese Herrschaft über die Produktionsmittel bedeutet nun zugleich die Herrschaft über die Arbeiter, die nur durch Zulassung zu den Betriebseinrichtungen die Möglichkeit zu arbeiten erhalten. Sie müssen demgemäß eine Reihe von Bedingungen erfüllen, die ihnen für die Gelegenheit zum Arbeiten und Verdienen auferlegt werden und deren wichtigste die Abgabe von Mehrwert an den Unternehmer, die Hinnahme eines Lohnes, der nur einen Teil des von ihnen erzeugten Arbeitsvertrags ausmacht, darstellt. Diese letztere Bedingung ist der eigentliche Zweck der kapitalistischen Betriebsweise. Wo es keinen Profit zu erzielen gibt, hört das Interesse an der »vaterländischen Produktion« sofort auf. Und auch die Vorschriften über Betriebsdisziplin und dergl. dienen diesem Zweck. Im die auch der Kampf gegen die Arbeiterorganisation, deren Aufgabe es ist, den Anteil der Arbeiter an ihrem Produkt zu vergrößern, mithin den Profitanteil des Kapitals zu vermindern.

Wenn die Arbeiter von dem Mittel des Streiks oder der Sperrgebräuche machen, so wollen sie damit die Bedeutung der Arbeitskraft, deren Interesse sie vertreten, im Betriebe steigern. War vorher nur das Monopol der Kapitalistenklasse eine entscheidende Voraussetzung der Produktion, konnte der Kapitalist einseitig die Bedingungen der Zulassung zur Arbeit stellen, so ändert sich das mit dem Auftreten der Arbeiterorganisation, die eine neue Voraussetzung der Produktion in der Zustimmung der Arbeiter zu den ihnen gebotenen Arbeitsbedingungen einführt. Die Kampfmittel, die dabei angewandt werden, stehen in keinem Gegensatz zu dem dauernden Gedeihen der Industrie, an dem die Arbeiter selbst mit interessiert sind. Sie wollen ihrer Tätigkeit nur in einigen — relativ nicht einmal sehr wesentlichen — Punkten einen anderen Charakter verleihen, an Stelle der unbeschränkten Herrschaft des Kapitals die beschränkte setzen. Die völlige Ausschaltung des Unternehmers liegt außerhalb ihrer heutigen Aufgaben, wiewohl die Sozialisierung der Produktion das letzte Ziel auch der gewerkschaftlichen Organisation bilden muß. Und noch viel weiter liegt ihr der Vernichtungskampf gegen den einzelnen Kapitalisten. Um Anerkennung der Organisation als Vertreterin der Arbeiter im allgemeinen, um eine Reihe einzelner Forderungen im besonderen wird gekämpft. Mit dem Kampfe verschwinden auch die Kampfmittel.

Wie ganz anders die Aufgaben der mit dem Schwarzenlistenystem arbeitenden Unternehmerverbände und ihre Kampfmittel! Handelt es sich bei den Arbeitern um eine der wichtigsten Kulturaufgaben: die Hebung des materiellen und sozialen Standes der breitesten Volkschichten, so bei den Unternehmern um rücksichtslose Steigerung des Profits ohne Beachtung nationaler oder moralischer Interessen. Man weiß ja, welche Wirkungen der ungehemmte Kapitalismus auf das Leben der Völker gehabt hat und dort, wo er sich frei »ausleben« kann, noch immer übt. Mag deshalb für den Juristen die äußerliche Gleichheit der Form genügen, um die Gleichheit vor dem Gesetze zu konstruieren — in der Praxis sind wir ja auch von dieser noch weit entfernt — so muß doch der Sozialpolitiker zu einer recht verschiedenen Beurteilung der beiden Gebilde kommen. In diesem Sinne ist schon eine Aussperrung anders zu bewerten, als ein Streik oder eine Sperrgebräuche. Bedeuten doch die letzteren nur, daß die Arbeiter sich der Verfügung der Unternehmer entziehen, um eine günstigere Gestaltung ihrer Arbeitsbedingungen zu erzielen — bei der Sperrgebräuche aber entzieht das Kapital, kraft seiner Monopolstellung, anderen die Möglichkeit, von ihrer Arbeit zu leben. Wollten die Unternehmer sich darauf beschränken, als Kampfmittel zur Einstellung ihrer Arbeit zu greifen, so würde das weit weniger, unter

Umständen gar nicht ins Gewicht fallen. So aber nutzt sie eine Machtstellung aus, um anderen den Lebensnerv der Machtstellung abzuschneiden.

Aber mag das alles, als unzertrennlich vom Kapitalismus, der nun einmal herrscht, hingenommen werden, so stellt sich die Sache doch ganz anders noch bei den schwarzen Listen, die weder ein selbst vom kapitalistischen Standpunkt aus notwendiges, noch ein mit den Forderungen der Menschlichkeit verträgliches Unterdrückungsmittel darstellen. Mag die Mitteilung der Ausständigen oder Ausgesperrten als logische Folge der Unternehmersolidarität während der Dauer des Kampfes vom Standpunkt der herrschenden Gesellschaft aus zulässig erscheinen — obwohl die Ausnützung dieser Anzeigen als schwarzer Listen hier immer nahe liegt —, so wird es von jedem Gesichtspunkt aus unerträglich, sobald es sich darum handelt, Menschen wegen wirklicher, vermeintlicher oder erlogener Verfehlungen die Daseinsmöglichkeit für Zeit oder gar dauernd zu entziehen. Und am schlimmsten dann, wenn das »Vergehen« des Gekennzeichneten nur im »Hetzen und Wühlen«, d. h. in der energischen Wahrnehmung der Arbeiterinteressen im Gewerbe, bestanden hat. Dann wird die schwarze Liste zu einem Attentat nicht nur auf die Gewerbe-, sondern auch auf Vereins- und Koalitionsfreiheit des Arbeiters.

Und die ganze Wesenheit beider Kampfmittel, der Sperrgebräuche und der schwarzen Listen, ist grundverschieden. Ersterer ist ihrem Wesen nach vorübergehend, endet mit der Beilegung des speziellen Streites. Ihr Zweck ist die Ueberwindung des Unternehmers, nicht sein Ruin. Sie wird öffentlich verhängt und steht damit unter der Kontrolle der Gesamtarbeiterschaft, die einen Mißbrauch zu rein persönlichen Zwecken nicht zuläßt und der gesamten »öffentlichen Meinung«, die an sich nicht auf dem Arbeiterstandpunkte zu stehen pflegt, und deren Stellung für die Kämpfe der Arbeiter sehr wichtig ist. Die schwarze Liste aber schleicht im Dunkeln. Keine Kontrolle, keine Möglichkeit der Rechtfertigung! Freieste Bahn für die tückische private Rache. Dazu geht die schwarze Liste ihrem ganzen Wesen nach dahin, den in ihr Verfeimten völlig zu ruinieren, ihn zur Auswanderung, zum Verbrechen, zum Selbstmord zu treiben. Das sind doch Unterschiede, groß genug, um eine verschiedene Behandlung der beiden Kampfmittel zu rechtfertigen.

Wir können nicht erwarten, daß unter der Herrschaft des Kapitalismus eine unabhängige Arbeiterbewegung, die notwendig antikapitalistisch ist, von Gesetzeswegen freie Bahn geschaffen werde. Aber das kann auch der Klassenstaat leisten, daß die Kämpfe von den feindlichen Heeren nicht mit vergifteten und ohne Not zerstörenden Geschossen geführt, daß sie von den Kämpfern, nicht von den Hyänen des Schlachtfeldes mit den Praktiken des Meuchelmordes geführt werden. Und das sollte auch eine Vertreterin der zahnstern bürgerlichen Reform, wie die »Soziale Praxis«, anerkennen, ohne durch Hervorkehrung von »Rechtswidersprüchen« die Klärung der Frage zu verhindern. a. r.

### Briefkasten der Redaktion.

F. M., Z. Wie Sie aus der vorliegenden Nummer ersehen, hat der Hauptvorstand bereits eine amtliche Bekanntmachung über die Sache erlassen, so daß die Veröffentlichung eines besonderen Artikels m. E. überflüssig ist. — R. A., K. Kam für vorliegende Nummer zu spät. Sperrern unterliegen der Beschlußfassung des Hauptvorstandes. Gruß! — R. S., B. Kann ebenfalls erst in nächster Nummer kommen.

## Allgemeines.

Teil für die  
gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

### Zur Steuer der Wahrheit.

In No. 3 des »Deutschen Steindruckgewerbes« erschien ein Bericht über eine Protestversammlung gegen die Plakatsteuer, welche der Schutzverband Deutscher Steindruckereibesitzer in Barmen einberufen hatte. Die angenommene Resolution erzählt von einem »zahlreich« anwesenden Publikum. Dazu sei festgestellt, daß inkl. Kellner, Berichterstatter einiger Zeitungen, auswärtiger Gäste, Vertreter christlicher Gewerkschaften und des Gutenbergbundes zusammen mit den Buch- und Steindruckereibesitzern 52 Personen anwesend waren. Dieser Besuch ist im Interesse der guten Sache, der die Versammlung dienen sollte, zu bedauern. Er schmerzte natürlich auch die Arrangeure. Um ihrem gekränkten Herzen Luft zu machen, soll der Senefelder-Bund den Prügelknaben abgeben, indem der Berichterstatter, jedenfalls ein sehr christlicher Mann, sich etwas zusammen reimt, wie man es gern braucht, was aber mit der Tatsache in schreiendem Widerspruch steht.

Es wird in diesem Bericht mitgeteilt, daß ein einheitliches Vorgehen in dieser Beziehung mit dem Senefelder-Bund nicht möglich gewesen wäre. Warum — das führt der Berichterstatter nicht an, obwohl es ihm bekannt sein dürfte. Deswegen sei ihm hier gesagt, daß organisierte Arbeiter nicht in boykottierte Lokale gehen. Außerdem lassen sie sich nicht vorschreiben, wer reden darf und was einer reden darf. Und ferner wollen sie allemal an der Geschäftsleitung teilnehmen. Weiterhin kommt dazu, daß die Buchdruckergehilfen erklärten, mit Tarifgegnern nicht gemeinsame Sache zu machen. Deshalb haben die Steindrucker und Lithographen mit den Buchdruckern und Buchbindern schon 14 Tage vorher eine gemeinsame Protestversammlung abgehalten, die von 350 Personen besucht war und jedenfalls ein anderes Bild geboten hat, als die Prinzipalsversammlung. Wenn nun in unserer Versammlung nur einige Buchdruckprinzipale, aber trotz Zusage keine Steindruckprinzipale erschienen waren, so wird man es uns nicht verübeln können, wenn auch wir in der Prinzipalsversammlung nicht erschienen sind. Es kann noch verraten werden, daß wir anderwärts beschäftigt waren. Und daß gerade wir, ausgerechnet der Senefelder-Bund, mit den wegen ihres schon oft begangenen Streikbruchs bekannten Gutenbergbündlern ohne die Buchdrucker teilnehmen sollten, das kann nur jemand annehmen, der von Arbeiterfragen nichts versteht und die Qualität eines Barmer Stadtrats besitzt.

Der Berichterstatter meint ferner, die Steindrucker hätten sich ein Armutszeugnis ausgestellt, weil sie in der fraglichen Versammlung einen Buchdrucker als Redner vorgeschickt hätten. Derartige Redewendungen treffen doch vollständig daneben. Wenn die Steindrucker etwas zu sagen haben, dann sind sie Mannes genug, dies selbst zu tun. Denn wenn sie in der Lage sind, eine eigene Versammlung zu arrangieren, zu leiten und in ihr zu referieren und zu debattieren, dann werden sie auch sonstwo das, was sie auf dem Herzen haben, zum besten geben können. Es lag aber in diesem Fall gar kein Bedürfnis vor. Wir hatten nichts zu sagen und wollten nichts sagen, sonst — wären wir jedenfalls anwesend gewesen! — Der Zweck der Uebung des Artikelschreibers ist zu durchsichtig. Man will damit den unangenehmen Zwischenfall dem Senefelder-Bund aufhalsen. Nach dem Sprichwort: »Verläumde nur, etwas bleibt doch hängen!« Man sieht jedenfalls selbst ein, daß man es den Buchdruckern nicht verübeln kann, wenn sie Leuten in öffentlicher Versammlung vorwerfen, daß sie als ausgesprochene Arbeiterfeinde nicht in der Lage sind, populäre Funktionen auszuüben und sich der Arbeiter erst erinnern, wenn sie den Unternehmern als Statisten Helferdienste leisten sollen.

Daß die anwesenden Buchdrucker und Steindrucker, falls von letzteren überhaupt jemand anwesend war, den Saal verließen, nachdem man dem ersten Redner das Wort entzogen hatte, finden wir nicht »lächerlich«. Denn nach unserer Meinung hatten die Buchdrucker ihren Zweck erreicht. Wir fassen die Sache so auf, daß die Buchdrucker, die mit Herrn Hyll gegenwärtig einen Tarifkampf führen, diesem als Referenten in aller Öffentlichkeit erklären wollten, daß er in der Öffentlichkeit als Redner für Unternehmer und Arbeiter der allerungeeignetste Mann sei. Wenn die Buchdrucker nicht nur dem Herrn Hyll, sondern auch dem Schutzverband die Suppe versalzen haben, so war das jedenfalls nicht ohne Absicht und, wie aus dem Bericht zu ersehen ist, mit guter Wirkung geschehen.

Wenn man aber aus diesem Vorkommnis Schlüsse ziehen will, so sind die des Berichterstatters vollständig falsch. Viel richtiger dürfte es sein, daß zu solchen Veranstaltungen andere Leute an die Spitze gestellt werden müssen. Dies zu konstatieren halten wir für zutreffender, als die Lithographen und Steindrucker für Hand-

lungen anderer Leute verantwortlich zu machen. Zur Steuer der Wahrheit haben wir gegenüber der versuchten Verschiebung der Tatsachen dies berichtet.

## Plakat-Preisausschreiben.

Der „Verband der Steinsetzer, Pflasterer und Berufsgenossen Deutschlands“ erläßt ein Preisausschreiben zur Erlangung von Entwürfen für ein *Verbandsplakat* und ladet auch die Mitglieder unseres Verbandes zur Beteiligung ein. Das Plakat soll die Größe von 65 x 50 cm haben und folgenden Schriftsatz enthalten:

*Der Verband der Steinsetzer, Pflasterer und Berufsgenossen Deutschlands ist die berufene und anerkannte Vertretung sämtlicher im Steinsetzer-(Pflaster-)Gewerbe, in Privat- und behördlichen Betrieben, beschäftigten Arbeiter.*

*Der Verband erstrebt für alle Berufsangehörigen möglichst günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen und gesetzlichen Schutz gegen die Gefahren des Berufes. Das Eintrittsgeld beträgt 50 Pf. Der Wochenbeitrag beträgt einen Stundenlohn. Der Verband gewährt dafür: Unterstützung bei Streiks, Aussparungen und Maßregelung, Rechtsschutz, Kranken-, Reise-, Notfalls- und Sterbeunterstützung, letztere auch für Frauen der Mitglieder, und kostenlos die Allgemeine Steinsetzer-Zeitung. Auskunft über Verbandsangelegenheiten am hiesigen Ort erteilt*

*wohnhaft*  
von ... Uhr bis ... Uhr.  
*Reiseunterstützung* zahlt aus  
*wohnhaft*, von ...  
bis ... Uhr. *Der Arbeitsnachweis (Auskunftsstelle)* befindet sich  
Zureisende  
müssen sich unbedingt, bevor sie umsehen gehen, im Arbeitsnachweis oder bei

Die punktierten Reihen im Text sollen später handschriftlich ausgefüllt werden. Für die umrahmten Teile kann eventl. der Raum freigelassen werden, der mit Buchdrucklettern nach Angabe des Autors auszufüllen ist. Für den Druck dürfen höchstens drei Farben einschl. Schrift erforderlich sein. Reine Schriftplakate sind ausgeschlossen, doch darf das allegorische Beiwerk nur untergeordnet sein. Die Entwürfe müssen mit einem Kennwort versehen sein und ein dasselbe Kennwort tragender Umschlag die Adresse des Autors enthalten.

Es sind drei Preise von 100, 60 und 40 Mark ausgesetzt (anderweitige Verteilung vorbehalten). Die Jury besteht aus zwei Mitgliedern des Steinsetzerverbandes, und je einem Mitgliede der Verbände der Bildhauer, der Lithographen und Stein-drucker und der Maler usw. Die Einsendung muß spätestens bis zum 20. März erfolgen. Die Entwürfe werden am Sonntag, den 28. März im Saal III des Berliner Gewerkschaftshauses zur Ansicht ausgestellt.

Die prämierten Entwürfe gehen in das Eigentum des Verbandes der Steinsetzer über, die übrigen Entwürfe werden den Einsendern nach Schluß der Ausstellung wieder zugestellt. Alle Einsendungen sind zu richten an A. Knoll, Berlin NW. 21, Wicelstraße 17.

## Ein Versammlungsbesuch.

Jeder hat Verpflichtungen der Kollegenschaft gegenüber. Zu diesen gehört auch der Versammlungsbesuch. Manchmal wird einem die Erfüllung dieser Verpflichtung allerdings leider recht erschwert. Unsere letzte Zusammenkunft sollte präzis 8 Uhr beginnen. Mit etwas Verspätung wurde es aber 7,9 Uhr. Um diese Zeit legte sich schon ein schwacher Nebel von Zigarrendunst über die Häupter der Kollegen. Ich werde jedoch nicht gleich nervös, über Selbstzucht und versuche mir diese Einbildung.

Unser Vorsitzender, ziemlich redgewandt, gibt den Rechenschaftsbericht. Der Nebel scheint etwas dichter zu werden, wenigstens sehe ich alles um mich her verschwommen. Mit erneuter Kraft rede ich mir jedoch diese Vortäuschung falscher Tatsachen aus und nehme zur Beruhigung einen kräftigen Schluck.

Während des Protokolllesens hat der Nebel Oelgenheit, unbeachtet um eine starke Nuance dunkler zu werden; er folgt sogar schon seinem größeren Naturvorbild und wagt hin und her in ziehenden Wolkenmassen. Ich empfinde in Schlund einen bedenklichen Kitzel, umso mehr, als ich mit chronischer Bronchitis behaftet bin. Mit einem energischen „Jodler“ überwinde ich den Reiz. — Man tritt in die Diskussion, die die Aufmerksamkeit fesselt. Gelübte und ungeübte Redner melden sich zum Wort. Manchmal platzen die Geister aufeinander — hie und da etwas unparlamentarisch — doch voll Feuer und Anregung. Es kommt Leben in die Versammlung.

Aber verflucht! Zu meinem Schrecken bemerke ich, daß der Nebel beträchtliche Dimensionen annimmt. Er wälzt sich in großen, kaotischen Massen, die sich um ihre eigene Achse drehen, ähnlich den bekannten Urweltnebeln, die Sonnen und Planeten gebären. Aber auch hier züngeln Gedankenblitze und flammendes Wetterleuchten schießt hinüber und herüber. Unser Vorsitzender hat ein schweres Stand. Er gleicht dem Gott „Donner- oder „Wotan“, in Wolken gehüllt die Geschiebe der im Nebelmeer schwimmenden Gespensstermenschen lenkend. Man hört zuletzt seine grollende Stimme wie aus weiter Ferne. — Dann beginnt die „Götterdämmerung“.

Meine Augen werden fast geblendet, so stechen die Nebelstacheln in die Netzhaut. Doch von diesem kleineren Uebel will ich absehen — aber wie spitze Pfeile dringen Raucheinzelnen in den Schlund, bohren und tumoren, kratzen und schaben die Kehle auf. Ich will etwas sagen. Vergeblich! Die mit aller Gewalt herausgepreßten Räusper fördern nur unartikuliert Laute zutage.

Endlich, endlich ersteht „Siegfried“ in Gestalt eines Kollegen, der sagt: Macht doch emol a paar Fenster uf, i spüi' a bisle Rauch! A. B.

## Ortsberichte.

**Brandenburg a. H.** Am 29. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Nach der Berichtserstattung des Kassierers, welchem Decharge erteilt wurde, gab der Vorsitzende den Jahresbericht. Er streifte kurz die Tätigkeit der Zahlstelle im verflossenen Jahr, die Bewegungen und Erfolge, welche den Kollegen ja durch die Presse bekannt sind und ermahnte die Kollegen, auch im neuen Jahr fest zusammenzustehen und ihre Pflicht zu tun. Die Vertreter der Lehrlingskommission konnten Erfreuliches von dem Bestand der Lehrlingsabteilung berichten. Nach dem Bericht der Kartelldelegierten und der Neu- resp. Wiederwahl des Vorstandes nahm die Versammlung nach eingehender Diskussion folgende Resolution an: „Die Versammlung stimmt der Erhebung der Extrasteuer von 10 Pf. zu, hofft jedoch, daß bei Besserung der wirtschaftlichen Lage der ohnehin schon hohe Wochenbeitrag von 1,20 Mk. sofort wieder hergestell. wird.“ Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten appellierte der Vorsitzende an die Lithographenkollegen, in Zukunft die kombinierten Versammlungen besser zu besuchen und schloß 11<sup>1/2</sup> Uhr die gutbesuchte Versammlung.

**Dortmund.** Am 6. Februar fand unsere Generalversammlung statt, in der nach dem Kassenbericht und der Entlastung des Kassierers der Vorsitzende den Jahresbericht gab. Er beleuchtete zunächst die große Entwicklung des Verbandes durch die Anschlüsse der Formstecher und Photographen und durch die Gründung der Lehrlings-Abteilung. Sodann gab er einen Ueberblick über die Tätigkeit des Vorstandes und hob die großen Summen hervor, welche für kranke, arbeitslose und ausgesteuerte Mitglieder ausgegeben wurden. Mit dem Wunsche, daß die große Arbeitslosigkeit bald ihr Ende nehmen möchte, schloß er seinen Bericht. Sodann wies er auf ein prachtvolles, von Kollegen Paul in Oel gemaltes und der Zahlstelle gestiftetes Bild unseres Altmeisters Alois Senefelders hin. Es wird von bleibendem Werte sein. Nach den Vorstandswahlen beschloß die von 21 Kollegen besetzte Versammlung einstimmig, daß jeder Kollege moralisch verpflichtet ist, in unseren Lokalvereinfonds 25 Pf. zu zahlen, wenn er einer Monatsversammlung fernbleibt; bei Generalversammlungen 50 Pf.

**Halle a. S.** In einer öffentlichen Protest-Versammlung der graphischen Berufe referierte am 29. Januar Kollege Paul Barthel-Berlin. Er besprach die jetzige wirtschaftliche Krise und schilderte ihre Wirkung auf unsern Beruf. Auch die Steuerpläne der Regierung, besonders die Plakat- und die Tabaksteuer unterzog er einer gründlichen Betrachtung. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die versammelten Angehörigen der graphischen Berufe von Halle a. S. protestieren gemeinsam gegen die von der Regierung geplanten Steuern, in der Hauptsache gegen die Anzeigensteuer, sowie gegen die Tabaksteuer. Sie betonen, daß die durch die Krise veranlaßte große Arbeitslosigkeit ins Ungeheuerliche gesteigert werden würde, wenn die beiden Steuervorlagen Gesetzeskraft erlangen. Sie verlangen daher vom Reichstage, daß er alle indirekten Steuern rundweg ablehnt und zur Gesundung der Reichsfinanzen für eine allgemeine progressive Reichs-einkommensteuer eintritt.“

## Der Lithograph.

Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen graphischen Zeichner und Maler.  
Redigiert von Fr. Schmetter, Leipzig-N.

## Eine Entgegnung.

Von der italienischen Firma De Agostini in Novara ist uns folgendes Schreiben zugegangen:  
Die Nummer 3 (15. Januar 1909) Ihrer weitverbreiteten Zeitung enthält unter dem Titel „Zur Beachtung für die Kartographen“ einen mit Eifer gefärbten Artikel über die Verhältnisse im Geographischen Institut De Agostini in Novara, früher in Rom, den wir, um den guten Ruf unserer Firma zu

beschützen, gar nicht mit Stillschweigen übergehen dürfen. Indem wir hoffen, daß Sie, Ihren werten Grundsätzen getreu, auch dem Angegriffenen Redefreiheit geben, bitten wir Sie höflich um gefällige Aufnahme folgender Zeilen:

Mit Freuden und mit Genugtuung haben wir infolge der Entwicklung unsres Institutes unsern Hauptsitz von Rom nach Novara verlegt, denn dieser Wechsel hat uns, obwohl die Lage unser Stadt keine solche öde und ungünstige ist, wie der Verfasser betr. Artikel behauptet, neben den sonstigen Vorteilen, die er uns gebracht hat, für die Zukunft doch davor gesichert, von reiselustigen Jünglingen ausgenutzt zu werden, die auf unsre Kosten eine Tour nach der ewigen Stadt machen wollen, aber nicht immer die dazu nötigen Kenntnisse mitbringen. Ja diese reiselustigen Jünglinge werden es wegen einer so reizlosen Gegend, wo sogar kein Theater deutscher Sprache vorhanden ist (!), nun nicht mehr der Mühe wert schätzen, mit falschen Mustern bei uns um Stellung anzufragen, wie es in manchem Falle vorgekommen ist.

Der Verfasser kann es sich vielleicht nicht erklären, warum manche deutschen Kartographen, die in ihrem Vaterland so fleißig und respektvoll sind — was in einem Lande als selbstverständlich gilt, wo Arbeitsamkeit und Disziplin nebst der Wissenschaft die Seele und die Hauptursache einer so glänzenden Entwicklung der Industrie bilden — im Auslande die Geschäftszeit nach Willkür regeln und sie ohne andern schönen Zeitvertrieb noch anzuführen, sogar zum Zeitunglesen und Briefschreiben benützen wollen.

Es ist ja wahr, daß die Arbeitszeit bei uns nur acht Arbeitsstunden beträgt; das ist aber noch nicht genug für gewisse Leute, die, der deutschen Pünktlichkeit vergeblich, die Eintrittzeit nach Belieben verspätigen und beim Arbeitsluß die Ueberpünktlichkeit einführen möchten.

Der Verfasser hütet sich auch hinzuzufügen, daß der Abzug, der disziplinarisch einem Zeichner berechnet worden war, zum richtigen Betrag herabgesetzt wurde, nachdem der betreffende Herr sich entschuldigt hatte. Auf den weiter angedeuteten Fall, der eine außerordentliche Abrechnung außer der regelmäßigen Zahlungsperiode betrifft, gehen wir der Räumersparnis halber nicht ein, denn es wird sich wohl auch so ein jeder vernünftige Mensch sagen, daß ein großes Institut sich nicht mit solchen unterworfenen unredlichen Abträgen bereichern werde. Ferner vergißt der Artikel-schreiber zu sagen, daß manche Herren, die gegen das Reglement verstößen haben, — unter denen selbst der Verfasser sein kann — nicht entlassen worden sind, nur um sie nicht stellenlos zu machen.

Trotz der naiven, tendenziösen Schreibweise des unbekanntem Verfassers können alle unparteiischen Leute überzeugt sein, daß bei uns das fleißige und gute Personal geschätzt und belohnt wird; denn ernste und arbeitsame Leute sind schon seit Jahren bei uns beschäftigt, und diese sind mit Freuden unsre Mitarbeiter, denen wir dankbar sind.

Andre neue ausgezeichnete Erwerbungen wurden auch jüngst gemacht. Natürlich handelt es sich nicht nur um die reiselustige, wandersüchtige aber auch teilweise berufsreife Jugend, die zu uns kommt, um sich zu vervollkommen und dann untüchtlerbare Vorwände herausucht, eine Stellung anderswo einzunehmen, um in dieser Weise auf Kosten der Prinzipale in der Welt Umschau zu halten. Jawohl, Novara ist kein Rom! aber wir sind auch nicht mehr bereit, die Vergnügsreisen gewisser Leute zu zahlen. Wir wollen uns auch nicht mehr mit mehreren hundert Lire prellen lassen, wie es, leider, verschiedene der bei uns beschäftigt gewesenen deutschen Angestellten getan haben.

Jedoch ausgebildete ernste Zeichner und Stecher werden gern angenommen, auch wird diesen jede Bequemlichkeit geboten, in dem Maße, wie es in einem ernst geleiteten deutschen Geschäft unsers Berufs der Fall ist.

Wir werden weder Mühe noch Opfer scheuen, um unsre Forderungen und Anordnungen unserm Personal gegenüber aufrecht zu erhalten; denn mehr als das, was sich für einen anständigen, vernünftigen, ehrlichen und mit Pflichtbewußtsein erfüllten Mann gezieme, verlangen wir nicht.

Dies möge jedem zur Beachtung gelten, und damit überlassen wir auch jedermann die Beurteilung des betr. Artikels und seines Verfassers.

Wir erklären auch zu gleicher Zeit, daß wir uns auf keinen Federkrieg mit unbekanntem, unverantwortlichen Schreibern einlassen wollen. Wir werden demzufolge eventuelle weitere Schreibereien nicht mehr beachten.

Mit bestem Dank  
Hochachtungsvoll  
Istituto Geografico de Agostini  
II. Direttore-Gerente  
De Agostini.

Anmerkung: Wir haben dieses Schreiben gerne veröffentlicht, denn es wird darin alles das, was in dem bemängelten Artikel gesagt wird, nur noch kräftig unterstrichen, widerlegt wird gar nichts. Einen Kommentar wollen wir nicht daran knüpfen, solcher würde die Wirkung des Schreibens bloß beeinträchtigen. — Die Firma De Agostini in Novara möchte also in Zukunft vor reiselustigen Jünglingen gesichert sein. Ihr kann geholfen werden! Die deutschen „reiselustigen Jünglinge“ werden diese Firma von nun ab melden. Sie werden das sehr



gerne tun, denn auch sie drängt nicht darnach, ausgenutzt zu werden! D. R. d. L.

## Der Steindrucker.

Teil für die Interessen der Stein-, Zink-, Aluminium- und Notendrucker.

### Die Unternehmer und die Krise.

Das Unternehmertum sucht die Krise nach Kräften zur Reduzierung der Löhne und zur Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse auszunutzen. Dabei bleibt allerdings oft der Erfolg hinter den Erwartungen zurück. Denn, daß unsere Kollegen trotz des herrschenden Arbeitsmangels bei Stellungswechsel immer noch sehr wählerisch sind, beweist folgender Vorfall:

Sendet da eine Steindruckerei in Penzig in Schlesien einem Kollegen auf sein Inserat ein Stellenangebot. Nach acht Tagen, als der Kollege um Rücksendung seiner Muster bittet, schreibt ihm die Firma folgenden Brief:

„Im Besitze Ihrer Karte vom 2. d. Mts. teilen wir Ihnen mit, daß wir eventl. nicht abgeneigt sind, Sie einzustellen, jedoch bedauern wir Ihnen ein Anfangsgehalt von Mk. 28,— nicht bewilligen zu können. Wir wollen Ihnen aber Mk. 25,— Lohn geben und sehen wir, daß Sie etwas Tüchtiges leisten, so läßt sich über eine Lohnerhöhung später weiter sprechen. Da wir nun aber bei der Einstellung von Druckern schon oft recht traurige Erfahrungen gemacht haben, müßten wir uns vorbehalten, Sie während einer achtägigen Probezeit entlassen zu können, falls Sie nicht in der Lage sind, etwas einigermaßen Brauchbares zu leisten. Nach Ablauf dieser Probezeit würde die 14tägige gesetzliche Kündigung gelten. Wir verlangen durchaus nichts Ungewöhnliches, nur eine gute exakte Arbeit, wie sie in jedem guten Geschäft verlangt wird und die vorstehenden Bedingungen treffen wir nur, weil wir tatsächlich schon Leute einstellen, die nicht in der Lage waren, auch nur die einfachsten Arbeiten auszuführen. Wenn Sie also in Ihrem Fache tüchtig sind, dann können Sie die Stelle ohne Bedenken annehmen, es wird Ihnen hier nichts Ungerechtes in den Weg gelegt. Wir bitten, uns gefl. umgehend Bescheid zu geben, ob Sie die Stellung zu unseren Bedingungen annehmen wollen, worauf wir uns alsdann entscheiden werden. Hochachtung (gez.) Krinke & Jörn.“

Und der Kollege? Statt dieses glänzenden Anerbietens mit innigem Danke anzunehmen, sendet er der Firma einen Absagebrief, den sie sich wahrscheinlich nicht hinter den Spiegel stecken wird. Aber:

„Warum sucht ich den Weg so hoffnungsvoll, Wenn ich ihn meinen Brüdern nicht zeigen soll, sagt Goethe. Drum Kollegen, auf nach Penzig! Versäume keiner, sich bei 25 Mk. Wochenlohn und achtägiger Probezeit in diesem Kunststand eine Stellung zu erobern; aber nur äußerst tüchtige Kräfte werden gewünscht! Vielleicht empfiehlt sich die Mitnahme des Geldes zur Rückreise?! —“

### Aus den Sektionen.

**Liegnitz.** Auf die vielen Anfragen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Steindruckerei von P. Baron-Liegnitz, sehen wir uns genötigt, folgende Mitteilung zu machen. Die tägliche Arbeitszeit beträgt bei einem Wochenlohn von 24 Mk. 9½ Stunden. Es kommen hauptsächlich kartographische Arbeiten in Frage. Da binnen Kurzem dort 14 Steindrucker ihr Können probieren, jedoch keiner an die kolossalen Leistungen des Chefs, der selbst Drucker ist, heranreichte, wird es gut sein, daß sich die Kollegen, welche noch auf diesen Posten reflektieren, bald mit einer Rückfahrkarte versehen.

## Photogr. Mitarbeiter.

Teil für die Interessen der Porträt-Photographen.  
Zentralarbeitsnachweis: Wilh. Hünlein, Berlin N. 28,  
Anklamerstr. 27, I. — Telefon Amt III, 5246.

### Aus den Sektionen.

**Berlin.** Der in der General-Versammlung vom 21. Januar erstattete Geschäftsbericht umfaßt nur die Zeit von ¼ Jahren, da wir wie die anderen Filialen unsere General-Versammlungen auch im Januar abhalten werden. Zu Beginn des Jahres begien wir große Befürchtungen, wie sich wohl die Zukunft des Verbandes gestalten würde. Große Fragen und wichtige Ereignisse standen uns bevor. Vor allem war es der Anschluß an den Senefelder-Bund, der sich jedoch wider Erwarten in äußerst glücklicher Weise vollzog. Wir können befriedigt konstatieren, daß der erwartete Mitgliederabfall in keiner Weise stattgefunden hat. Einmütig haben wir uns dem Bunde angeschlossen und unsere Hauptaufgabe für die Zukunft muß sein, unsere Abteilung auf eine größere Mitgliederzahl zu bringen. Daß die Agitation im verflossenen Geschäftsjahre nicht

in dem Maße ausgeübt werden konnte, wie wir es für notwendig halten, lag nicht allein an der gewaltigen Krise, welche auch unsern Beruf schwer trifft, sondern auch in den eigenen noch zu unbekanntem Verhältnissen, die stets einer solchen Fusion mit einem größeren Verbandsentspringen. Was darum bisher versäumt wurde, muß jetzt mit aller Kraft nachgeholt werden. Um die Geschäfte der Abteilung zu erledigen, fanden statt: Zwei außerordentliche General-Versammlungen, und zwar anlässlich der Urabstimmung und des Uebertritts in den Senefelder-Bund. Außerdem wurden vier öffentliche Versammlungen abgehalten; drei von diesen dienten der Agitation für die Sonntagsruhe mit den Referenten Häulein, Ucko und Reinhardt-Driesen, und die vierte war der Ueberstunden-Bezahlung wegen kurz vor Weihnachten einberufen worden mit dem Reichstagsabgeordneten Hildenbrand als Redner. 15 Mitgliederversammlungen wurden abgehalten in denen zahlreiche Vorträge, sowohl wissenschaftlicher und ethischer, als auch fachlicher Natur gehalten wurden. Die 15 Vorstandssitzungen, zu welchen je nach Notwendigkeit auch die Vertrauensleute eingeladen waren, hatten sich in der Hauptsache mit geschäftlichen und Verwaltungsfragen zu beschäftigen. Der Berichterstatter bedauerte, daß dem Vorstände von Seiten der Mitglieder jede Unterstützung und Anregung gefehlt habe, sonst hätte seine Tätigkeit weit größere Ausdehnung haben können. Infolge der geringen Anzahl größerer Betriebe wurden nur 4 Betriebsversammlungen abgehalten. Die Kollegen einer Reproduktionsanstalt zogen sich dadurch scharfe Kritik zu, daß sie den in einer solchen Versammlung gefaßten Beschluß, Maßnahmen zu ergreifen zwecks Abänderung von Mißständen in dem Betriebe, in einer zweiten Versammlung umwarfen, um in Untätigkeit weiter zu verharren. Diesem Falle steht ein Erfolg bei der Firma Schneider gegenüber, wodurch Eingreifen des Verbandes Ueberstunden-Bezahlung eingeführt werden konnte. — Maßregelungsunterstützung mußte in einem Falle bezahlt werden. — Die Weihnachtsausarbeit in Beschäftigung stehender Kollegen wurde sowohl hier als auch in der späteren Diskussion gebührend gekennzeichnet. Neu eingeführt wurde eine Weihnachtsunterstützung für ausgesteuerte arbeitslose Mitglieder, die für jedes Mitglied 6 Mk. betrug, bei Verheirateten für jedes Kind 1 Mk. extra. Eine ganze Reihe Kollegen konnten mit dieser Unterstützung bedacht werden. Der Anfang damit ist erst in diesem Jahre gemacht worden, und wir hoffen, sie im nächsten Jahre entsprechend weiter ausbauen zu können. — Der Kassenbericht fand gute Aufnahme, da festgestellt werden konnte, daß sich die Filialkassen trotz der denkbar schlechten Zeit in immerhin guten Verhältnissen befinden. — Der ausgiebigen Diskussion folgte die Entlastung des Vorstandes und des Kassierers. In der stattfindenden Neuwahl wurde der alte Vorstand mit Ausnahme eines Kollegen wiedergewählt.

## Die Tapetenbranche.

Teil für die Interessen der Formstecher, Tapeten-, Linoleum-, Wachsdruck-, Zeug- und Seidendrucker.  
Arbeitsnachweisführer: C. Schabart, Berlin N. 20,  
Bodstr. 26.

### Extrasteuer u. Extraunterstützung.

In No. 51 des vorigen Jahrgangs der „Graph. Presse“ schrieb Hauptvorstand und Ausschuss eine Extrasteuer von 10 Pf. für die Woche aus. Die außerordentliche Unterstützung an die ausgesteuerten arbeitslosen Mitglieder, deren Gewährung aus der Gewerkschaftskasse früher beschlossen worden war, hatte infolge der Massenarbeitslosigkeit in etwa einem halben Jahr die hohe Summe von annähernd 30000 Mk. erreicht. Auf die Dauer konnten derartige Riesenbeträge der Gewerkschaftskasse nicht entzogen werden, wollte man die Kampffähigkeit der Organisation nicht beeinträchtigen. Ebenso wenig konnte aber die Extraunterstützung an Ausgesteuerte wieder gestrichen werden; man hätte dadurch die Opfer der Krise in unserem Gewerbe in unkollegialster Weise ihrem unverschuldeten Schicksal überlassen. Die Extrasteuer zwecks weiterer Unterstützung der Ausgesteuerten war daher der beste und richtigste Ausweg aus dem Dilemma.

Das wurde auch in allen Zahlstellen anerkannt. Widerspruch gegen diese gemeinsame Tragung der Folgen der schweren wirtschaftlichen Depression durch alle Mitglieder machte sich fast gar nicht bemerkbar. In vielen Mitgliedschaften wurde die Ausschreibung der Extrasteuer mit einer wahren Begeisterung aufgenommen.

Nur aus den Reihen des Formstecher-Verbandes, der am Tage des Inkrafttretens der Steuer im Verbands der Lithographen und Steindrucker aufgehen sollte, machte sich ein gewisser Widerspruch gegen die Extrasteuer bemerkbar, an die beim Abschluß der Uebertrittsbedingungen noch nicht zu denken und die deshalb in den Vereinbarungen nicht mit vorgesehen war. Der Hauptvorstand und der Aus-

schuß sahen sich daher veranlaßt, die Formstecherkollegen von der Zahlung der Extrasteuer zu entbinden und damit allerdings auch von der Bezugsberechtigung für Extraunterstützung auszuschließen.

Aus der Sachlage ist diese Entscheidung zu verstehen. Ob sie aber im Interesse der Formstecherkollegen selbst liegt, ist eine andere Frage. Auch die Formstecher haben während eines großen Teils des Jahres unter schwerer Arbeitslosigkeit zu leiden, in deren Verlauf viele Mitglieder ausgesteuert werden, die dann, jeder Unterstützung bar, ihrem Schicksal überlassen sind. Das wäre anders, wenn sie sich durch Zahlung der Extrasteuer von wöchentlich 10 Pfennigen die Anwartschaft auf eine Extraunterstützung von 7 Mk. für Verheiratete und 4 Mk. für Ledige für jede Woche nach ihrer Aussteuerung erworben hätten. Außerdem sind doch die Formstecherkollegen jetzt auch Glieder einer Einheitsorganisation, deren sämtliche Mitglieder (auch die Tapendruckerei, mit denen in vielen Orten die Formstecher gemeinsame Filialen bilden) die Extrasteuer zahlen. Es berührt nicht gerade angenehm, wenn eine Gruppe des großen Ganzen eine Ausnahme macht.

Diese Erkenntnis gewinnt auch unter den Formstecherkollegen selbst an Boden. In Leipzig, in Osnabrück beschlossen sie, sich der Extrasteuer voll anzuschließen. In Berlin und anderen Städten ist ebenfalls eine starke Strömung für die Beteiligung, sodaß wahrscheinlich bald noch weitere Beschlüsse wie in Leipzig und Osnabrück erfolgen werden. Sollten die Formstecherkollegen unter diesen Umständen nicht lieber überhaupt in ihrer Gesamtheit darauf verzichten, eine Extrawurst gebraten zu bekommen?

Dieser freiwillige Verzicht würde ein neuer Beweis für die Einigkeit in unseren Reihen und für die Arbeitersolidarität sein. Alle ausgesteuerten Formstecherkollegen würden dann derselben Rechte teilhaftig werden wie die Kollegen aus allen übrigen Branchen des Berufs. Sie brauchen nicht zuzusehen, wie andere Verbandsmitglieder Unterstützung auch nach der Aussteuerung bekommen, die sie ebenfalls hätten haben können, wenn sie wöchentlich den geringen Extrabeitrag von 10 Pf. wie alle anderen geleistet hätten.

Möchten diese Anregungen auf fruchtbaren Boden fallen und möchte das Beispiel von Leipzig und Osnabrück Nachahmung finden bei den Formstecherkollegen aller übrigen in Betracht kommenden Städte. Gleiche Pflichten und gleiche Rechte für alle Mitglieder! Das möge für unsere Einheitsorganisation die Lösung sein.

## Feuilleton.

### Die Entwicklung des Weltalls\*)

#### I. Die Nebeltheorie.

Von dem Augenblick an, wo die Erde als Planet, als Mitglied des Sonnensystems erkannt war, konnte die Frage nach ihrer Entstehung nur behandelt werden als die Frage nach der Entstehung des ganzen Sonnensystems in seiner heutigen Gestalt. Eine Lösung dieser Frage versuchte zuerst Kant in seiner 1755 erschienenen „Allgemeinen Naturgeschichte und Theorie des Himmels“.

Das Sonnensystem zeigt eine besondere Ordnung: die Planeten bewegen sich alle in ungefähr kreisförmigen Bahnen, die nahezu in einer Ebene liegen; in der Nähe der Sonne sind sie kleiner und dichter zusammengedrängt, weiter von der Sonne ab liegen sie weiter auseinander und sind größer. Sie bewegen sich alle in derselben Richtung von West nach Ost; auch ihre Monde bewegen sich in dieser Richtung, und die Achsendrehung, soweit bekannt, findet in der gleichen Richtung statt. Woher dieses Regelmäßige? Woher kam es, daß nicht einige Planeten in der entgegengesetzten Richtung herumlaufen oder in ganz schleifen oder in sehr länglichen Bahnen.

Die einzige Antwort konnte bis zu Kants Theorie nur sein: In der Welterschöpfung hat der Schöpfer das alles absichtlich so regelmäßig und zweckmäßig eingerichtet. Kant wollte nur den Nachweis führen, daß diese zweckmäßige Ordnung ganz natürlich entstanden sei durch das Wirken der bekannten Naturkräfte. Besser und in den Einzelheiten einwandfreier — denn die Ausführungen Kants enthalten viele Unklarheiten und Verstöße gegen die mechanischen Gesetze — wurden dieselben Gedanken nachher, unabhängig von ihm, von dem französischen Mathematiker Laplace in seiner „Darstellung des

\*) Wir entnehmen diesen und die folgenden Artikel mit der gleichen Überschrift einer Aufsatzfolge, die Dr. Anton Pannekock in Feuilleton der „Neuen Zeit“ erscheinen ließ.

Weltsystems ausgearbeit. Daher wird diese Theorie in der Regel als die Kant-Laplacesche Nebeltheorie und meist nach der Fassung Laplaces wiedergegeben.

Sie nimmt an, daß ursprünglich an der Stelle des heutigen Sonnensystems mit seinen getrennten Körpern eine Nebelwolke bestanden habe, die den ganzen Raum bis zu den äußersten Planeten einnahm. Da die Materie, die nun in den Körpern der Sonne und der Planeten zusammengedrängt ist, diesen großen Raum ausfüllte, mußte sie außerordentlich dünn und fein verteilt sein, also eine Dunst- oder besser Gaswolke bilden, deren große Hitze den gasförmigen Zustand und die große Ausdehnung verursachte. Mit dem Abkühlen der Nebelmasse zog sie sich zusammen, indem ihre Teilchen der gegenseitigen Anziehung nachgaben und sich einander näherten.

Nun drehte sich die Masse von Anfang an um eine Achse; durch das Zusammenschumpfen wurde die Drehung rascher, und infolge der Zentrifugalkraft trennten sich die äußersten, in raschestem Umschwung begriffenen Teile von der Hauptmasse. Während diese zusammenschumpfte, drehten sich jene als Ring, in einiger Entfernung von ihrer Oberfläche, um sie herum. Ein solcher Ring wird in der Regel in Teile zerfallen, sich zu einigen Körpern zusammenballen; diese Teile des Ringes behalten ihre alte Bewegung bei, die sie früher als Teile des drehenden Nebels hatten, und kreisen als Planeten um die Hauptmasse. Schließlich, indem sie einander einholen und begegnen, verschmelzen sie zu einem einzigen Körper, der durch allmähliche Verdichtung zu einem kleinen festen Planeten wird. Dieser fährt dann selbstverständlich fort, sich in derselben Ebene um die zentrale Masse zu bewegen, wie sich das Ganze von Anfang an um seine Achse drehte.

Die zentrale Masse zieht sich nun weiter zusammen, dreht sich dabei immer rascher, und nach geraumer Zeit löst sich wieder ein Ring von ihr ab, der zu einem Planeten wird und weit innerhalb der Bahn des vorigen Planeten liegt. So wiederholt sich die Loslösung von Ringen immer aufs neue und immer näher dem Zentrum; nacheinander bilden sich die verschiedenen Planeten, während die Zentralmasse immer kleiner und dichter wird. Sie bildet die Sonne, die im Zentrum der Planetenbahnen steht. Nun kann sich auch noch bei jedem Planeten, bevor er hart und fest geworden ist, ein ähnlicher Vorgang abspielen; so entstehen die Monde, die um die Planeten herumlaufen. Auf diese Weise erklärt sich die besondere Ordnung im Sonnensystem und das Regelmäßige in den Bewegungen der Planeten ganz einfach; es ist kein Wunder, wenn sich bei diesem gemeinsamen Ursprung aus dem drehenden Urnebel die Planeten alle in derselben Richtung und ungefähr in einer Ebene bewegen, daß die inneren Planeten, die sich aus einer schon kleineren Nebelmasse gebildet haben, kleiner und einander näher sind als die äußeren.

Die Erde hat sich also auch einmal aus einem Teile des Urnebels gebildet, der, nachdem er den Mond von sich abgespalten hatte, allmählich zusammenschumpfte und zu einem dichten, festen Körper wurde. Mit dieser Auffassung stimmen später die Ergebnisse der geologischen Forschung überein: die große Hitze im Erdinnern und das gleichmäßige warme Klima, das ehemals über die ganze Erde verbreitet war. Danach war die Masse, aus der sich die Erde bildete, eine heiße Gaumasse; das Zusammenschumpfen ging mit einer Abkühlung zusammen, wobei die äußeren Schichten allmählich fest und hart wurden. Sobald sie soweit gekühlt waren, daß sich flüssiges Wasser in Meeren sammelte, entwickelten sich darin die ersten Lebewesen, aus denen dann die ganze Pflanzen- und Tierwelt hervorgegangen ist. Solange die Hitze des Erdinnern die bedeutendste Wärmequelle für die Oberfläche war, konnte es nirgends ein kaltes Klima geben; erst

nachdem die Abkühlung soweit vorgeschritten war, daß die Sonnenstrahlung unsere einzige Wärmequelle wurde, sind die Unterschiede zwischen kalten, gemäßigten und warmen Klimaten entstanden. Doch im achtzehnten Jahrhundert war über die geologische Urgeschichte der Erde und über ihre innere Beschaffenheit kaum etwas bekannt; auch steckte die Lehre von der Wärme noch in ihren Anfängen. Es galt nur die räumlichen Anordnungen im Sonnensystem zu erklären, und die Änderungen dieser räumlichen Anordnung vom Urnebel bis zum heutigen Zustand bildeten den ganzen Inhalt der Nebeltheorie.

Im ganzen und großen entspricht diese Theorie, obgleich sie vor anderthalb Jahrhunderten zuerst aufgestellt und deshalb in mancher Hinsicht durch die späteren Resultate der physischen Forschung ergänzt und umgewandelt werden mußte, noch unseren heutigen Auffassungen. In ihrem allgemeinen Charakter prägt sich jedoch die Zeit ihrer Entstehung sehr entschieden aus. Der Entwicklungsgedanke, der sich im neunzehnten Jahrhundert auf allen Gebieten freie Bahn gebrochen hat und die ganze Welt als einen nie aufhörenden Prozeß von Umwandlungen betrachtet, gehörte dem achtzehnten Jahrhundert noch nicht an. Das Jahrhundert der bürgerlichen Aufklärung kannte zwar eine Entwicklung in der Vergangenheit, aber nur als Unfertiges, Unvernünftiges, als Vorbereitung für einen schließlichen Endzustand, der in alle Ewigkeit erhalten bliebe. Diese Auffassung beherrschte, wie die gesellschaftliche, so auch die kosmische Theorie des achtzehnten Jahrhunderts.

Aus ganz anderen, unfertigen Zuständen ist durch die Kräfte, die in seinem Innern wirken, das heutige Sonnensystem entstanden. Dieses selbst aber ist, wie derselbe Mathematiker Laplace in seinen grundlegenden theoretischen Rechnungen nachwies, nimmeh stabil, das heißt durch die inneren Kräfte, die in dem fertigen System wirken — die gegenseitige Anziehung —, kann es keine großen, tiefgreifenden, sondern nur noch geringfügige, hin- und zurückgehende Änderungen erfahren.

### Ausstellung für Schmuck und Illustration von Musikwerken.

Druckern, Kupferstechern und Lithographen, wie überhaupt allen Angehörigen der graphischen Berufe, wird gegenwärtig im Kunstgewerbemuseum zu Frankfurt a. M. eine sehr aparte und interessante Ausstellung geboten. Wie schon ihr Titel sagt, will sie durch die Zusammenstellung der seltensten, ältesten Handschriften bis zu unseren modernen Notentiteln, durch eine große Anzahl früh gedruckter musikalischer, illustrierter Bücher, Plakate und sonstiger seltener Ausgaben von berühmten Musikwerken n die Entwicklung des Notendrucks und des Buchschmucks durch die Jahrhunderte vom frühesten Mittelalter bis zu unserer heutigen Zeit zeigen. Die Aussteller sind zwei hiesige private Kunstsammler, die Kunstgewerbebibliothek, die Firma Breitkopf & Härtel in Leipzig und ein hiesiges bedeutendes Antiquariat. Die beiden erstgenannten Aussteller haben den größten Teil beigezweigt. Da sie wohl in dieser Spezialität des Sammelns in Deutschland allein stehen, dürfte es schwierig sein, wo anders eine gleichartige Ausstellung zusammenzubringen, die nicht nur vom kunstgewerblichen Standpunkt aus hochinteressant ist, sondern an der auch Kenner und Liebhaber wegen der in ihr enthaltenen seltenen, schönen, durch ungemein scharfen Druck auf besterhaltenem Papier sich auszeichnenden Bücher ihre Freude haben werden.

Für Notenstecher dürfte es sehr interessant sein, die langsame Entwicklung der Notenschrift zu beobachten, die sich zuerst mit vier Linien begnügt. Die seltene Kollektion von Gerson aus dem Jahre 1473 eröffnet hier mit ihren ältesten gedruckten Noten die Reihe. Die Vignetten, Randleisten und Initialen (hergestellt durch Holzschnitt) der deutschen und romanischen Druckwerke aus dem 15. und 16.

Jahrhundert werden jedes Auge durch ihre schöne, kräftige Technik erfreuen. Und was sieht man nicht alles an edlen Leistungen der Renaissance? Es sind ornamentale Arbeiten, in jener großen Zeit geboren, als der neu belebende Hauch der Antike diese Kunstströmung aus Italien zu uns brachte; man empfindet beim Anschauen dieser Blätter, daß das Wiedereinsetzen der Renaissance in der letzten Hälfte des 19. Jahrhunderts speziell in Buchschmuck nur ein leises Aufflackern war. Die schönen Titelkupper, welche die Porträts von Komponisten oder auf den Inhalt hinweisende Allegorien darstellen, zeigen, wie der Kupferstich im 17. Jahrhundert den Holzschnitt fast ganz verdrängte. So sind sämtliche Opern des Franzosen Lully, ebenso ganze englische Liedersammlungen prachtvoll mittels des Kupferstiches ausgeschmückt. Heute gibt man soviel Geld nicht mehr für Notentitel aus. Ueberhaupt spiegelt sich der Geist der verschiedenen Jahrhunderte vortrefflich in der Ausstattung wieder. Aus dem musikreichen 18. Jahrhundert sehen wir die typischen Rokoko-Einfassungen, Schäferspiele usw. darstellend, die Lieblingsthemen dieser Zeit. Druck und Zierat werden immer feiner, aber auch sentimentaler, und langsam leiten sie den Beschauer über die künstlerisch schönen Ausgaben von Heydn und Mozart ins 19. Jahrhundert hinein.

Hier kommt nun das, was uns wohl am meisten fesselt. Die junge Lithographie tritt in ihre künstlerischen Rechte. Reizende französische Konzert- und Opernplakate aus den 50er und 60er Jahren in feinsten, sauberster Kreidemanier hergestellt und gedruckt kann man bewundern. Ganze Szenen aus Opern und Porträts schöner Sängerinnen sind darauf dargestellt, wehmütige Erinnerungen an eine liebe, ruhigere Zeit. Aber auch Notentitel aus jener Epoche in verblüffend feiner, edler Ausführung und in hervorragend feinem Kreidruck sind zu sehen. Wer kann heute noch so Kreide drucken? Auf der Schnellpresse wird's kaum gehen. Zum Schluß ist Franz Stassens Prachtausgabe von »Tristan und Isolde«, ebenso Klingers »Brahms Phantasie« zu sehen, beides Meisterwerke; außerdem illustrierte Volkaliedersammlungen aus der Romantikerzeit und farbige, moderne Notentitel, welche aber, in Anbetracht des Vielseitigen, was heute in dieser Beziehung geschaffen wird, etwas spärlich vertreten sind.

### Eingegangene Gelder.

Beiträge für das IV. Quartal sandten folgende Mitgliedschaften ein:

- Altenuß 107,20, Aitwasser 63,31, Aschaffenburg 156,56, Ascherleben 584,68, Barmen 2, Rate 749,76, Bautzen 2 Rate 333,76, Bietigheim 1,30, Bonn 285,37, Borsdorf 250,—, Brandenburg 536,65, Braunschweig 2. Rate 550 80, Bunzlau 95,—, Burgstädt 50,36, Coburg 35,65, Cöln 1049,03, Coswig 298,24, Danzig 400,—, Darmstadt 748,30, Dessau 126 98, Detmold 450,—, Dortmund 56,12, Dresden 1000,—, Dören 503,30, Düsseldorf 2. Rate 593,25, Duisburg 71,60, Elberfeld 700,—, Erfurt 721,92, Forbach 117,25, Frankfurt 100,—, Freiburg i. B. 100,—, Frieda 47,37, Geißlingen 135,35, Gera 32,35, Gleiwitz 295,85, Göppingen 250,—, Görtitz 238,91, Grimma 230,06, Halberstadt 272,41, Halle 260,—, Herford 216,49, Hof-Göhlenua 186,05, Höxter 192,45, Jena 400,00, Kattowitz 88,21, Kempen 128,25, Kirchhain 228,13, Konstanz 115,30, Leipzig 4590,16, Lobberich 30,—, Lübeck 722,15, Meiningen 84,20, Meißen 562,27, Mügeln 379,34, München I 385,25, München 572,85, Niedersiedlitz 814,78, Nordhausen 116,24, Nürnberg II 750,46, Offenbach 200,—, Rheydt 325,—, Saalfeld 200,—, Schwabach 333,75, Solingen 434,40, Steffin 895,85, Straßburg 269,82, Tilsit 33,32, Trier 355,77, Viersen 2. Rate 133,38, Weimar 12,90, Würzburg 265,—, Wuzen 317,03 Mark.

Für das I. Quartal 1909: Barmen 550,— und Danzig 100,— Mark.

Diejenigen Mitgliedschaften, welche weder Geld noch Abrechnung für das IV. Quartal eingesandt haben, werden hiermit aufgefordert, ihren Verpflichtungen recht bald nachzukommen, damit der Jahresbericht von 1908 schnellstens fertiggestellt werden kann.

Berlin, den 15. Februar 1909.

Wilh. Brall.

Wir suchen einen erstklassigen, erfahrenen ersten

## Photographen,

speziell für Rasteraufnahmen nach vollendeten Masch.-Retuschen. Bewerber muß sowohl arbeitsfreudig als umsichtig sein, und den höchstgestellten Ansprüchen gerecht werden können. Die Stellung ist durchaus selbständig, gut dotiert und dauernd, wie weiterhin ein äußerst angenehmes Arbeiten unsere zurzeit im Bau begriffenen neuen Geschäftsräume sichern.

**Böhme & Co., G. m. b. H.,**  
5,10] **Magdeburg.**  
1,50] **Tüchtige**

## Maschinen-Retuscheure

zum sofortigen Eintritt gesucht.  
**Illig & Müller, Göppingen.**

**Tüchtigen**

## Fräser und Monteur

für Klischees suchen  
**Adolf Klaus & Co., Leipzig,**  
1,80] **Kreuzstraße 5.**

**„Matt-Lack“.**

Bestes, billiges Farbzusatzmittel gegen Kleben, Hart-, und Blankwerden und Aufreißen der Abdrücke, Rinnen der Farbe, Spitzwerden der Zeichnung. Kein Kleben in der Prägepresse. Preis Kilo Mk. 3,50, bei 10 Kilo Mk. 3,— gegen Nachnahme.

**F. Hantke, Maschinenmeister,**  
**Hamburg 22, Berthastr. 13,11.**

## Tücht. Maschinen-Retuscheure

zum sofortigen Antritt gesucht.

**Alois Senefelder**  
und die  
**Erfind. d. Lithographie**

**Festschrift v. Fr. Hansen.**

Verlag von  
**Conrad Müller, Schkeuditz.**  
Preis 50 Pf. portofrei.  
Bei 10 Stück ein Frei-Exemplar.

## Achtung! Kattowitz.

Während einer längeren Abwesenheit des Kollegen **Andersch** übernimmt die Geschäfte des Vorsitzenden der **Zahlstelle Kattowitz** der Kollege **Robert Paulus** in Kattowitz, Paulstraße 11. Alle Sendungen an die Zahlstelle sind bis zum 5. April an die vorstehende Adresse zu richten. Ebenso wollen sich die Kollegen wegen der Auskunftserteilung an den Kollegen Paulus wenden. [1,95]

## Achtung! Cassel!

Alle für die hiesige Verwaltung bestimmten Sendungen sind von jetzt ab an den Kollegen **Georg Krey, Cassel,** Westring 61 i. r. zu richten. Unterstützung zahlt aus: Kollege **Wilh. Fuhrmann, Cassel,** Schlachthofstraße 59,1. [1,35]

Reprod.-Anstalt, Brüderstr. 26/28.